

Ebersberg

**SPD**

# 100 JAHRE SPD EBERSBERG 1919 – 2019





Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Fahne zum 10jährigen Bestehen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, 1873

## SPD – traditionsreichste und älteste Partei Deutschlands

Die Wurzeln der SPD finden sich im Judentum, im Christentum, im Humanismus, in der Aufklärung und in der marxistischen Gesellschaftsanalyse. Entstanden ist die Partei aus der sozialistischen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts. Die Konzentration auf langfristige politische Inhalte wurden in verschiedenen Programmen festgeschrieben. Das wichtigste Programm ist das Godesberger Programm von 1959. Darin wendete sich die SPD von marxistischen Bezügen ab und vollzieht den Wandel zur Volkspartei. Das letztgültige Grundsatzprogramm stammt aus dem Jahr 2007 (Hamburger Programm). Nach wie vor hält die SPD an ihren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität fest.

Sozialdemokraten waren in der fast 150-jährigen Geschichte etwa 50 Jahre lang der politischen Verfolgung ausgesetzt. Dem stetigen Aufstieg hat dies allerdings keinen Abbruch getan. Die SPD hat vier politische Systeme überdauert. Sie war die einzige Partei, die nach den Katastrophen des I. und II. Weltkriegs ihren Namen nicht ändern musste. Und es war die Sozialdemokratie, die nach den politischen Katastrophen im 19. und 20. Jahrhundert dem deutschen Volk den Übergang zur Demokratie ebnete.

*„Arbeiter organisiert euch!  
Vereinzelt seid ihr nichts,  
vereint seid ihr alles!“*

August Bebel (1840 – 1913), deutscher sozialdemokratischer Politiker, Mitbegründer und Vorsitzender der SPD.  
1872 wegen Vorbereitung zu Hochverrat und Majestätsbeleidigung,  
1886 wegen Geheimbündelei verurteilt

## Kampf gegen die Sozialdemokratie

Nach der gescheiterten Revolution 1848/49 beginnen sich in den 1860er Jahren, sozialdemokratische Gruppierungen zu etablieren: der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (1863), die Sächsische Volkspartei (1866) und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (1869). Sie münden 1875 in der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP). Als „Geburtsstunde“ der deutschen Sozialdemokratie gilt der 23. Mai 1863, die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Der Staat empfindet die Arbeiterbewegung und die neu gegründete Arbeiterpartei als „Reichsfeind“. Reichskanzler Otto Bismarck veranlasst 1878 (nach zwei Attentaten auf Kaiser Wilhelm I.) das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“. Es enthält das Verbot von Gewerkschaften und sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Vereinigungen und ihren Organen. Viele Anhänger der Idee „von der Befreiung der Arbeiterklasse aus Armut und Unterdrückung“ werden verhaftet oder setzen sich unter dem politischen Druck ins ausländische Exil ab. Dennoch gibt es in der Bevölkerung eine große Solidarität. Die deutsche Sozialdemokratie wird weltweit zur einflussreichsten sozialistischen Partei ihrer Zeit. Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 wird die SAP in SPD umbenannt und entwickelt sich zu einer Massenbewegung und nach der Reichstagswahl 1912 zur stärksten Fraktion im Reichstag. Da das Parlament bis 1918 dem Kaiser untersteht, bleibt die SPD trotz zahlenmäßiger Größe von der politischen Beteiligung ausgeschlossen.

## Die SPD und ihre Haltung zu den Kriegsanleihen 1914

Nach Beginn des Ersten Weltkriegs spaltet die Frage der „Kriegskredite zur Landesverteidigung“, die Partei. Zuvor hatte die SPD noch Großdemonstrationen gegen den drohenden Krieg organisiert und das Ziel verfolgt, internationale Kontakte zur Vermittlung zu nutzen. Die überwiegende Mehrheit im Volk aber will den Krieg und in der SPD verbreitet sich nach und nach die Auffassung, er sei unvermeidbar (wie auch bei Sozialisten in Paris und London). Zunächst stimmen 14 Abgeordnete parteiintern gegen die Kriegsanleihen. Sie alle beugen sich angesichts der nationalen und internationalen Hochstimmung und stimmen am 4. August 1914 im Reichstag für die Kriegsanleihen.

Im Dezember desselben Jahres widersetzt sich alleine Karl Liebknecht (Mitglied des linksrevolutionären Spartakusbundes) der Fraktionsdisziplin und votiert gegen weitere Kriegsanleihen. Anfang 1916 wird er aus der Fraktion ausgeschlossen. Der innere Konflikt der SPD vollzieht sich äußerlich durch die Abspaltung des linken Flügels und die Gründung der USPD. Die verbleibende SPD benennt sich zur Abgrenzung um in MSPD (Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands). Erst 1917 sieht man sich auch in der MSPD zu einer Korrektur gezwungen. Die Partei plädiert nun für einen raschen Friedensschluss.



Schmuckblatt zum Gedenken zum 50. Gründungstag der Deutschen Sozialdemokratie, 1913

## Das Ende der Preußischen Monarchie



Friedrich Ebert (November 1918)

Das Deutsche Kaiserreich ist in einer militärisch aussichtslosen Lage, als der letzte Reichskanzler, Prinz Maximilian Alexander Friedrich Wilhelm von Baden (kurz: Max von Baden), am 3. Oktober 1918 sein Regierungsamt übernimmt. Einen Tag später, am 4. Oktober, bietet er auf Drängen der Heeresleitung dem US-amerikanischen Präsidenten, Thomas Woodrow Wilson, den Waffenstillstand an. Doch seine Bitte bleibt bei den Alliierten noch unerhört. Wenig später, am 24. Oktober, plant hinter seinem Rücken die Admiralität in einem Flottenbefehl eine „Entscheidungsschlacht“, mit dem Ziel eines „ehrentvollen Unterganges“. Einzelne Matrosen verweigern die Ausführung des Befehls. Nach Erschießungen von Aufständischen kommt es am 3. November zum Kieler Matrosenaufstand. Max von Baden will den Unruhen entgegenwirken und gibt am 9. November die Abdankung des Kaisers bekannt. Was man später als „Novemberrevolution“ bezeichnet, breitet sich innerhalb weniger Tage über das gesamte Reich aus. Die Monarchie ist nicht mehr zu retten. Max von Baden überträgt das Amt des Reichskanzlers auf seinen Nachfolger, der wenig später als erster demokratisch gewählter Reichspräsident der Weimarer Republik in die Geschichtsschreibung eingeht. Es ist der Sohn eines Schneidermeisters, siebtes von neun Kindern: der SPD-Politiker Friedrich Ebert.

## Stunde Null der Sozialdemokratie

Die Parteienlandschaft weist 1918 zwar eine gewisse Kontinuität zum Kaiserreich auf, doch alleine die SPD behält ihren Namen und wird zur führenden Macht des Umbruchs. Es gibt noch kein Parteiengesetz, Parteien sind rechtlich gesehen Vereine.

Der SPD-Politiker Philipp Scheidemann ruft am frühen Nachmittag des 9. Novembers 1918 vom Balkon des Reichstags: „*Es lebe das Neue; es lebe die deutsche Republik!*“ und signalisiert damit (nachdem er ursprünglich eine konstitutionelle Monarchie bevorzugt hätte) den Bruch mit dem bisherigen System. Damit kommt er Karl Liebknecht zuvor, dem späteren Gründer der Kommunistischen Partei Deutschlands, der am selben Tag gegen 16.00 Uhr vor dem Berliner Schloss die „freie sozialistische Republik“ ausruft. Eine Republik und zwei Proklamationen. Es zeichnen sich bereits hier unruhige Zeiten ab.

Karl Liebknecht wird am 15. Januar 1919 zusammen mit Rosa Luxemburg von Garde-Kavallerie-Schützen ermordet. Philipp Scheidemann flieht nach Hitlers Machtübernahme 1933 nach Dänemark. Sein Name steht auf der ersten Ausbürgerungsliste des Deutschen Reiches. Zwei seiner Töchter werden von Nationalsozialisten ermordet.

## Weimarer Verfassung

Die MSPD will die parlamentarische Demokratie, die USPD fordert die Räterepublik. Der Führung der Mehrheits-SPD gelingt es, trotz aller Differenzen, mit der USPD am 10. November 1918 im „Rat der Volksbeauftragten“, eine gemeinsame provisorische Regierung zu bilden. Ihr gehören jeweils drei Mitglieder von MSPD und USPD an. Die neue Führung ist gut vorbereitet. Bereits drei Tage nach dem Abdanken des Kaisers werden die grundlegenden Gesetze verabschiedet. Es wird das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ab 20 Jahre eingeführt, sozialpolitische Fortschritte (wie der 8-Stunden-Tag) auf den Weg gebracht und die Zensur abgeschafft. Das Ziel ist die Wahl zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919, die dann der Republik eine demokratisch legitimierte Regierung geben soll.

Die Nationalversammlung kommt erstmals am 6. Februar im Deutschen Nationaltheater in Weimar und nicht im politisch aufgeheizten Berlin zusammen. Erst ab Mai 1919 tagt die Nationalversammlung in Berlin. Die Delegierten wählen in Weimar Friedrich Ebert (SPD) zum Reichspräsidenten, der setzt Philip Scheidemann (SPD) zum Regierungschef ein. Die Verfassung wird am 31. Juli 1919 verabschiedet und am 11. August 1919 unterzeichnet. Sie geht als „Weimarer Verfassung“ in die Geschichte ein und gilt als die fortschrittlichste ihrer Zeit.



Postkarte zur Erinnerung an die Verabschiedung der Reichsverfassung im Nationaltheater Weimar, 1919

## Der Kampf gegen radikale Kräfte

1919 kommt es bei der USPD zur Abspaltung. Die einen schließen sich der SPD an, andere folgen dem Spartakusbund. In der Folge kommt es dort zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Heftige Auseinandersetzungen extremer Linker und extremer Rechter drohen die junge Republik zu zerreißen. Die radikale Linke will die kommunistische Revolution nach dem Vorbild der Oktoberrevolution. Am rechten Rand steht die Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP), ein Zusammenschluss mehrerer konservativer und antisemitischer Parteien des Kaiserreichs. Ihre Mitglieder gehören zu den entschiedenen Gegnern eines demokratischen Systems. Rechtsradikale Freikorps wittern eine Chance, die „alte Ordnung“ wiederherzustellen, und ziehen marodierend durchs Land. Die blutige Niederschlagung des Spartakusaufstandes der Kommunisten, sowie die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 1919 sind die bekanntesten Ereignisse dieser Tage. Dazwischen verfolgt die SPD eine pragmatische Politik und schließt die Kooperation mit gemäßigten, republiktreuen bürgerlichen Parteien und den alten Eliten nicht aus.

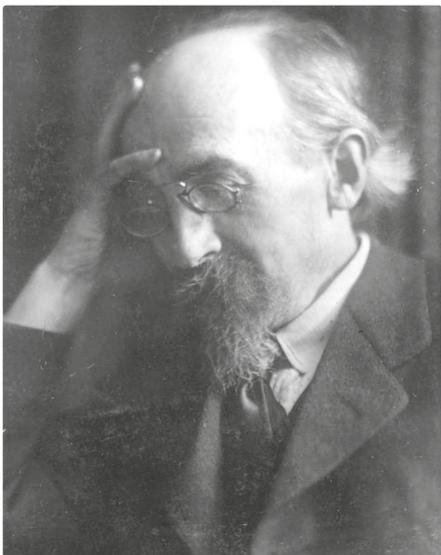
# 1918 – 1919

## Bayern 1918, die erste Revolution: Regierung Eisner

Ein Preuße ist es, zudem ein Pazifist, ein sozialistischer Revolutionär und ein Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), der einen unblutigen Umsturz in Bayern vollzieht: Kurt Eisner, der geborene Berliner und Wahlbayer kommt 1907 ins Königreich. Erst ist er als SPD-Mitglied noch Befürworter der Kriegskredite (1914), später wandelt sich seine Gesinnung. Er wird zum überzeugten und radikalen Pazifisten, kehrt der Mehrheits-SPD (MSPD) den Rücken und gründet die bayerische USPD.

Es ist die Volksbewegung der beiden Arbeiterparteien und der Gewerkschaften, die sich am 7. November 1918 mit etwa 50.000 Personen auf der Theresienwiese zu einer Friedenskundgebung formiert. Während die Mehrheits-SPD um Erhard Auer erfolglos die Kontrolle über die Ereignisse gewinnen will, kann eine kleine Schar Linksoppositioneller um Kurt Eisner die Soldaten der Münchner Kasernen für den Umsturz gewinnen.

Angesichts der Unruhen verlässt Bayerns König Ludwig III. am 7. November 1918 in Zivil die Stadt. Die Revolution erfolgt nahezu unblutig. Und schließlich ist es Kurt Eisner, der den Freistaat Bayern und die parlamentarische Demokratie ausruft und den König für abgesetzt erklärt. Bereits einen Tag später, am 8. November, konstituiert sich ein provisorischer Rat aus USPD und MSPD, der die Zusammensetzung der neuen bayerischen Regierung verhandelt. Eine Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte wählt Kurt Eisner zum Ministerpräsidenten, Erhard Auer wird Innenminister. Eisner verspricht in seiner ersten Ansprache als provisorischer Regierungschef, Beethoven, Goethe und Hölderlin in die Tat umzusetzen.



Kurt Eisner, Mitbegründer und Vorsitzender des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats in München, vom Provisorischen Nationalrat als Ministerpräsident bestätigt, erschossen am 21.02.1919



Demonstration auf der Theresienwiese am 7. November 1918

*„Jedes Menschenleben soll heilig sein.“*

Kurt Eisner 1867–1919

## Bayern 1919, die zweite Revolution: Zeit der Radikalisierung

Im erzkatholischen und königstreuen Bayern kann sich zunächst eine breite revolutionäre Basis bilden, die keinen ernsthaften Widerstand zu befürchten hat. Eisners USPD allerdings ist eine Splittergruppe und die Regierungskooperation von MSPD und USPD ist sich uneins. Die USPD kann bei den ersten Wahlen am 12. Januar 1919 die Menschen nicht überzeugen und geht mit 2,53 % geradezu unter. Stärkste Kraft im ersten Bayerischen Landtag ist die Bayerische Volkspartei (34,99%), gefolgt von der SPD (32,98%).

Kurt Eisner befindet sich am 21. Februar 1919 auf dem Weg von seinem Ministerium in den Landtag, wo er nach der verlorenen Parlamentswahl seinen Rücktritt erklären will. Auf dem Weg durch die Promenadestraße wird er durch zwei Schüsse niedergestreckt. Der Mörder: Anton Graf von Arco auf Valley, Mitglied der antisemitischen Thule-Gesellschaft. Zwei Stunden später wird im Landtag auf Erhard Auer geschossen, der den Anschlag schwer verletzt überlebt. Noch am selben Tag bildet sich aus den Vertretern der beiden Mehrheitsparteien ein Zentralrat, der jedoch die Lage nicht unter Kontrolle bringen kann.

Der Tod Eisners löst eine große Nervosität in der Bevölkerung aus. Auf der Straße bilden sich zwei radikalisierte Fronten: eine extreme Linke, die eine reine Räteherrschaft nach russischem Muster anstrebt, und bald auch jene militante Rechte, die die Restauration des autoritären Nationalstaats zum Ziel hat.

Auf Seiten der radikalen linken Kräfte spielt 1919 eine Gruppe von Dichtern, Journalisten, Dramatikern und anderen Intellektuellen eine führende Rolle, die sich einer „Kulturrevolution“ verschrieben haben. Ihre zumeist jüdische Herkunft löst eine nationale Gegenbewegung aus, in der Antisemitismus eine besondere Bedeutung hat. Zum Gegenspieler wird der „Münchener Beobachter“, eine kleine Vorstadtzeitung (später von der völkisch gesinnten Thule-Gesellschaft übernommen und als „Völkischer Beobachter“ das Kampfblatt der Nationalsozialisten). Die Bayerische Volkspartei (BVP) macht Propaganda gegen die Kommunisten: „Christliches Volk! Darf Spartakus deine Kirchen einreißen?“ und warnt vor der „Diktatur der Hungerleider“. Am rechten Rand zeigen sich bereits Sympathien für antidemokratische, antisemitische Tendenzen.

## Bayern 1919, die dritte Revolution: Ende der Räterepublik

Am 17. März 1919 wird Johannes Hoffmann an der Spitze einer SPD-Minderheitsregierung erster gewählter Regierungschef Bayerns. Keine drei Wochen später gerät seine Regierung unter Druck, denn am 7. April 1919 rufen der Zentralrat und der Revolutionäre Arbeiterrat die „Bayerische Räterepublik“ aus. Johannes Hoffmann weicht mit seiner Regierung nach Bamberg aus und versucht, von dort die Kontrolle in München zurück zu erobern.

Was nun folgt, ist ein blutiger Kampf links gegen links. Hoffmann ruft aus Berlin und Baden Württemberg Reichswehrverbände zu Hilfe. Die „Weißgardisten“ sorgen zusammen mit Freikorps in bayerischen Städten und im Umland für Blutbäder, auch unter Mitwirkung von SPD-Mitgliedern. Die Räterepublik wird beendet. Ihre führenden Protagonisten und viele vermeintliche und denunzierte Unschuldige werden ermordet oder zu langen Haftstrafen verurteilt. Am 3. Mai 1919 fällt in Kolbermoor die letzte Bastion der Räte. Drei Wochen später legt Hoffmann den „Bamberger Entwurf“ zu einer Bayerischen Verfassung vor, die am 15. September in Kraft tritt.

# 1918 – 1919

## Arbeiter- und Bauernrat in Ebersberg

Ebersberg, 1918 eine Marktgemeinde, die geprägt wird von der Landwirtschaft, den unteren Verwaltungsbehörden, den Handelsbetrieben und dem Handwerk. Zum Handwerk zählt man in der Hauptsache Maurer, Wagner, Forstarbeiter, Bäcker, Schreiner und Brauburschen. Industriearbeiter gibt es kaum, militärische Einrichtungen bestehen hier nicht. Die „große Weltpolitik“ hat in der Gemeinde mit einem fürchterlichen Blutzoll zwischen 1914 und 1918 tiefe Spuren hinterlassen. 84 Gefallene werden betrauert, sie sind meist unter oder kaum über 20 Jahre alt.



Gasthaus Oberwirt, hier tagt im November eine Abordnung des Münchner Soldatenrates

Am 16. November 1918 erreicht die Revolution auch Ebersberg: Eine Abordnung des Münchener Soldatenrates tagt im Oberwirt. Bürgermeister Eichberger, Bankdirektor im Hauptberuf, hat geladen. Unter den Geladenen sind auch Frauen. Die Veranstaltung ist sehr gut besucht und es wird ad hoc ein Arbeiter- und Bauernrat für die Gemeinde Ebersberg gewählt. Arbeiterschaft, Bürger, Bauern und Beamenschaft erhalten je drei Vertreter, die auf Zuruf bestimmt werden. Diese Delegation wählt einen Vertreter der Beamenschaft und einen Vertreter der Bürger an ihre Spitze

## Der neue Rat, ein Garant der alten Ordnung

Josef Schurer wird als Delegierter für den Rätekongress (ein Übergangsparlament) der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte gewählt und nimmt am ersten Kongress (Februar 1919) im Deutschen Theater in München teil. Während des zweiten Kongresses wird ein Antrag auf Ausrufung einer Räterepublik von einer Mehrheit der Delegierten (234 gegen 70 Stimmen) abgelehnt.

Im Ebersberger Kosmos ist der örtliche Arbeiter- und Bauernrat (ABR) eine Maßnahme, um die Gemeinde mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen und die Sicherheit zu gewährleisten, ohne nennenswerte Auseinandersetzung mit Fragen der Legitimation, ein Instrument der Bewahrung des christlich-konservativen Weltbildes, angeführt von „Altvorderen“.

Mit den örtlichen Behörden, der Gemeindeverwaltung und dem Bezirksamt wird „unter einem Dach“ kooperiert. Eine Bürgerwehr hält man nicht für nötig. Erst im Laufe des Jahres 1919 werden im Einvernehmen mit dem Bürgermeister „ältere Arbeiter und Bauern“ bewaffnet, allerdings zunächst noch nicht, um die Revolution zu verteidigen, sondern um für Sicherheit in der Marktgemeinde zu sorgen.

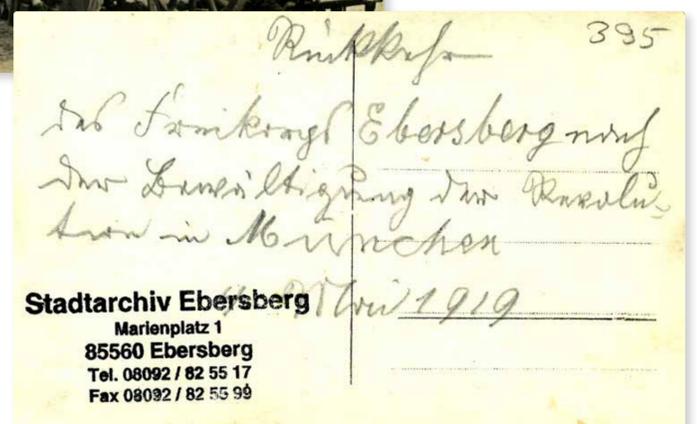
## Blutige Niederschlagung der Räterepublik

Anders sieht es in Rosenheim, Bad Aibling, Ostermünchen und Kolbermoor aus. Die USPD findet dort Anhänger unter den Industrie- und Bergarbeitern. In vielen Ortschaften im Voralpenraum wird die Räterepublik ausgerufen. In Ebersberg kommt Unruhe auf. Man hört von „Spionen des Spartakusbundes“, die in Grafing aktiv sein sollen, von ungeheuerlichen Gerüchten aus der Landeshauptstadt und zu allem Überfluss am 14. April 1919 von plündernden Spartakisten, die auf dem Weg nach Ebersberg sein sollen. Man bewaffnet sich und stellt Straßensperren auf, aber die vermeintlichen Spartakisten kommen nicht.

Es formiert sich in Grafing eine Gegenbewegung zur Räterepublik, auch unter Mithilfe der Arbeiterräte. Aufgerufen hat ein Flugblatt der Regierung Hoffmann: „Freikorps Chiemgau Bezirk Ebersberg (Sitz Grafing). Darin werden alle „waffenfähigen Männer der Gegend, die zur gesetzmäßigen Regierung Hoffmann stehen“ aufgefordert, sich den Bürgerwehren, „Freikorps“, anzuschließen. Ein Trupp aus Ebersberg, Grafing und Assling macht sich am 30. April 1919 auf den Weg nach Ostermünchen, Rosenheim und Kolbermoor, um sich dort an „Säuberungen“ und Festnahmen zu beteiligen. Zwei Angehörige des Freikorps Grafing misshandeln und ermorden den Bürgermeister von Kolbermoor und einen 18-jährigen „angeblichen“ Mitarbeiter des dortigen Räteführers. Vom Volksgericht werden die Mörder trotz ihrer Geständnisse freigesprochen.

Im Gefängnis in Ebersberg werden nach und nach 40 Rotgardisten und „verdächtige Elemente“ festgesetzt, die schließlich nach München überstellt werden. Gustav Noske, Mitglied der MSPD und Reichswehrminister, stattet Grafing und Ebersberg einen Besuch ab und informiert sich über die Einwohnerwehr. Noske ist berüchtigt für sein brutales Vorgehen gegen den Spartakusbund und die lokalen Aufständischen.

Die Räterepublik scheitert und so kann sich auch der Arbeiter- und Bauernrat (ABR) wieder seinen örtlichen Aufgaben widmen und dort „mit allen Stellen freundlich zusammenarbeiten“ (Bayer. Staatsanzeiger).



Rückkehr des Freikorps nach Ebersberg nach der Beseitigung der Revolution in München  
4. Mai 1919

## 1902: Erste Aktivitäten der SPD im Ebersberger Bezirk

Die Geschichte der SPD in Bayern beginnt mit dem ersten Parteitag 1882 in Reinhausen bei Regensburg, 1893 zieht die Partei erstmals in den Landtag ein. Bei der letzten Wahl eines Landtages im Königreich (1912) wird sie zweitstärkste Fraktion. 1914 stimmen bayerische SPD-Abgeordnete im Landtag (anders als die SPD im Reichstag) der Kriegsfinanzierung nicht zu. Trotzdem kommt es auch in Bayern zur Abspaltung der USPD. Die SPD tritt in den Jahren 1914 bis 1918 im Landtag für eine Parlamentarisierung und eine konstitutionelle Monarchie ein und will damit die drohende Revolution abwenden.



Stellungnahme der Königl. Regierung

Am 7. ds. Mts. hat die Sozialdemokratie den ersten Versuch gemacht im Bezirke Ebersberg Boden zu gewinnen. An genannten Tag sprach in einer von etwa 60 Personen besuchten Versammlung zu Ebersberg Redakteur Gruber von der Münchner Post und suchte namentlich die Bauern zu gewinnen. Die Resolution am Schlusse der Versammlung wurde indes nur von einer schwindenden Minderheit gutgeheißen, die sich fast nur aus Gästen des Sanatoriums in Kirchseeon, also Münchner (Seitenumbruch) Sozialdemokraten, zusammensetzte. Einen Erfolg bedeutet die Versammlung also für die Sozialdemokratie auf keinen Fall.

Zur Jahrhundertwende gibt es erste Bestrebungen der SPD, sich im Bezirk Ebersberg als politische Macht zu etablieren. Dies geht aus einem Schreiben vom 31. Dezember 1902 hervor. Es handelt sich um eine Stellungnahme der Königl. Regierung von Oberbayern (Kammer des Inneren) zu einer Versammlung. Darin wird beschrieben, dass der Redakteur Gruber der Münchner Post versucht habe, „namentlich die Bauern zu gewinnen“. Ein Erfolg sei die Versammlung auf keinen Fall gewesen, so lautet die schriftliche Stellungnahme.

Martin Gruber ist Chefredakteur der Münchner Post (Auflage 1914: 30.000 Expl.) und wird später Mitglied der Weimarer Nationalversammlung. Zu seinen Redaktionskollegen gehören Erhard Auer (späterer Innenminister und SPD-Vorsitzender Bayerns), Kurt Eisner (erster Ministerpräsident Bayerns) und Edmund Goldschlag, der später untertauchen muss und nach Kriegsende 1945 Lizenznehmer der neu gegründeten Süddeutschen Zeitung wird.

Der bayerische Hans Nimmerfall wird wegen „Hochverrats“, inhaftiert und später ins KZ Dachau deportiert. Wenig später stirbt er an den Folgen der Misshandlungen.

## 1919: Gründung des SPD-Ortsvereins

Sebastian Schurer lädt am Dienstag, den 15. April 1919, zu einer Versammlung ins Gasthaus Hamberger (Ignaz-Perner-Straße) ein. Man will die Leute über die politische Lage informieren. Ein Referent namens Nimmerfall kann die Besucher der Veranstaltung derart mitreißen, dass sich spontan 50 Personen der SPD anschließen. Es ist die Geburtsstunde des Ortsvereins Ebersberg. Hans Nimmerfall ist zu dieser Zeit Stadtrat in Pasing und bayerischer Landtagsabgeordneter (1912 bis 1920 und 1924 bis 1928).

Ihn ereilt nach 1933 ein Schicksal, das unter SPD-Mitgliedern häufig ist: Inhaftierung wegen „Hochverrats“, dann Deportation ins KZ Dachau. Wenig später stirbt Nimmerfall an den Folgen der Misshandlungen.

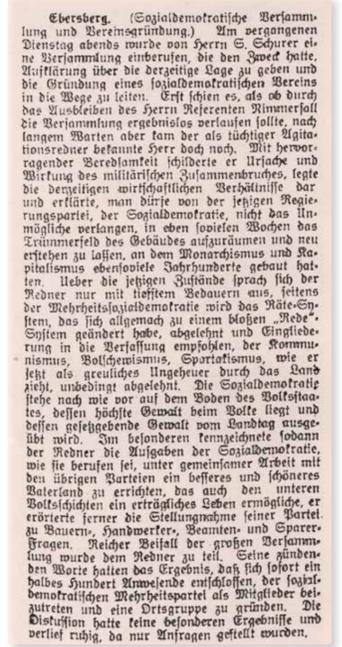
Nicht bei jedermann findet die neue Partei Zuspruch. Bürgerliche Ebersberger drohen dem Hamberger-Wirt mit einem Boykott, sollte dort weiterhin die SPD verkehren. So sieht sich der Ortsverein gezwungen, die Sitzungen ins Gasthaus Springer, Münchner Straße 23 (heute der Querbau der Metzgerei Maisch) zu verlegen.

## 1919: Erste Gemeinderatswahl in Ebersberg

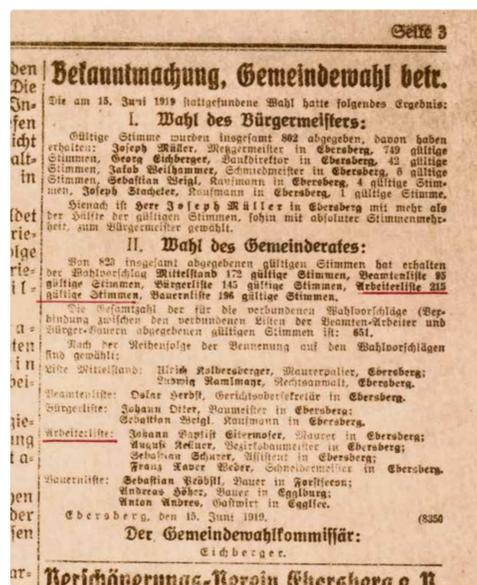
In Ebersberg wendet sich eine breite Front gegen die Sozialdemokratie. Beamten, Bauern und Bürger kommen zusammen, um mithilfe des hiesigen Rechtsanwalts, Ludwig Ramlmayr, die Sozialdemokraten aus der „Kompromissliste“ (einer Sammlungsliste, auf die sich die hiesige Wählerschaft in der Wirtschaft „Eber am Berg geeinigt hatte) zu entfernen. Es gibt nun vier Listen: Beamte, werktätiges Volk, Bürger und Bauern. Diese vier Listengruppen sind wiederum in zwei Listengruppen „gemeinschaftlich verbunden“, schreibt am 3. Juni 1919 der Ebersberger Anzeiger. Der SPD Ortsverein geht mit einer 5. Liste, der Arbeiterliste, ins Rennen. So sehr sich der textliche Teil der Vorschläge der fünf hiesigen Wählergruppen auch unterscheiden, so einig ist man sich beim Bürgermeisterkandidaten, dem Metzgermeister Josef Müller.

Die Gemeinderatswahl ist der Start in die kommunale Selbstverwaltung, die im „Gesetz über die gemeindliche Selbstverwaltung“ vom 22. Mai 1919 festgeschrieben ist. Alle bayerischen Staatsangehörigen über 20 Jahre besitzen das aktive, über 25 Jahre das passive Wahlrecht (sofern sie über die bürgerlichen Ehrenrechte verfügen). Erstmals können also auch Frauen wählen und auch jene, die keinen Grund und Boden besitzen.

Am 15. Juni 1919 findet die erste Gemeindewahl in Ebersberg statt, bei der auch Nicht-Grundbesitzer wählen dürfen und gewählt werden können. Die SPD findet vor allem Zuspruch bei den „kleinen Leuten“, bei den Waldarbeitern und den Maurern. Die Arbeiterliste kann unter insgesamt 5 Listen 215 von 823 Stimmen erhalten und damit das beste Ergebnis erzielen. Aus der Arbeiterliste ziehen 4 SPD-Mitglieder in den Gemeinderat ein: Johann Baptist Eitermoser (Baumeister), August Kellner (Bezirksbaumeister), Sebastian Schurer (Assistent und späterer Krankenkassenverwalter), Franz Xaver Weber (Schneidermeister).



Pressebericht vom 16. April 1919 zur Gründung des SPD Ortsvereins Ebersberg



Bekanntmachung der Wahlergebnisse der Gemeindewahl vom 17.06.1919 (Ebersberger Anzeiger), rot markiert das Ergebnis der Arbeiterliste

## Berlin: Weihnachtsunruhen 1919

Die Zusammenarbeit zwischen den Mehrheitssozialdemokraten und der USPD im Rat der Volksbeauftragten ist trotz bedeutsamer Reformen von Anfang an schwierig. Der Druck lastet schwer auf den Schultern der in der Regierung unerfahrenen Parteien. Im Dezember verschärfen sich die Fronten, die beiden Koalitionsparteien können sich insbesondere in den Fragen der Militärreform und der künftigen Regierung nicht einigen: Delegiertenmodell oder Rätemodell? Die Gräben sind unüberwindbar. Die militärischen Auseinandersetzungen der „Weihnachtsunruhen“ zwischen der Volksmarinedivision, der Sicherheitswehr und den Regierungstruppen führen schließlich zum Bruch. Die USPD-Mitglieder scheiden aus der Regierung aus.

In den militärischen Auseinandersetzungen der „Weihnachtsunruhen“ ist die Garde-Kavallerie-(Schützen-)Division involviert, ein Großverband der Preußischen Armee, aus dem später eine Vielzahl von Freikorps hervorgehen. In die Geschichtsschreibung geht die Division durch die Niederschlagung des Spartakusaufstandes im Januar 1919 und die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ein.

Die Gewalt in Berlin eskaliert weiter, nachdem der neue Reichswehrminister Gustav Noske mit Billigung der SPD-geführten Regierungen in Berlin und Bayern jeden Widerstand in der Republik gnadenlos niederschlägt. Man spricht von 1.200 Getöteten in Berlin, und auch bei der Niederschlagung der „Baierischen“ Räterepublik durch Regierungstruppen und Freikorps kommt es Ende April/Anfang Mai 1919 zu ähnlich hohen Opferzahlen.



Die weiblichen Abgeordneten der MSPD in der Weimarer Nationalversammlung am 1. Juni 1919.  
Die bayerische Abgeordnete Toni Pfülf sitzt vorne ganz links.

## SPD, Regierungspartei der ersten frei gewählten Deutschen Nationalversammlung

Die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung findet am 19. Januar 1919 statt. 83 % der Wahlberechtigten geben ihre Stimme ab. Zum ersten Mal sind Frauen an der Wahlurne zugelassen, und sie nutzen ihre Chance. 37 Frauen (19 von ihnen gehören der SPD an) werden in die verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung gewählt, das entspricht bei 423 Abgeordneten einem Anteil von 8,7 %.

Die SPD erhält bei der Reichstagswahl (1919) 37,9 % der Stimmen. Obwohl stärkste Partei, ist sie gezwungen, eine Koalition zu bilden. Es bieten sich die Zentrums- und die Deutsche Demokratische Partei an, die beide wie die SPD vorbehaltlos zur Demokratie stehen. Friedrich Ebert (SPD) wird von der Weimarer Nationalversammlung am 11. Februar 1919 zum Reichspräsidenten gewählt. Philipp Scheidemann (SPD) wird Regierungschef.

Zu den ersten SPD-Abgeordneten im Berliner Reichstag gehört Antonie Pfülf aus München. Ihr Schicksal steht exemplarisch für das vieler Genossen ihrer Zeit. Sie setzt sich für die Abschaffung des Lehrerinnenzölibats ein, kämpft für Chancengleichheit von Jungen und Mädchen und tritt dafür ein, dass in das Heidelberger Programm (1925) Ansätze einer Frauenquote aufgenommen wird. 1933 wird sie, wie alle anderen Genossen, im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz stimmen. Nach einem Aufruf zum Widerstand wird sie für kurze Zeit inhaftiert. Wenig später nimmt sie sich das Leben.

## Erster Bayerischer Landtag unter der Leitung eines SPD-Ministerpräsidenten

Am 12. Januar 1919 findet die erste Wahl zum Bayerischen Landtag statt. Das Wahlrecht besitzen Männer und Frauen ab 20 Jahren, die im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Die Wahlbeteiligung liegt bei 86 %. Stärkste Partei wird die Bayerische Volkspartei (BVP) mit 34,99 %, gefolgt von der Sozialdemokratischen Partei Bayerns mit 32,98 %. Johannes Hoffmann (SPD) wird neuer Ministerpräsident. Acht Frauen sitzen erstmals im Landtag, darunter die beiden SPD-Abgeordneten Aurelie Deffner und Emilie Maurer.

Ebersberg hat zu diesem Zeitpunkt 2330 Einwohner. 58 % der Ebersberger sind berechtigt, zur Wahl des Bayerischen Landtags zu gehen. 1912 hatten diese Berechtigung lediglich 15 %. Die BVP erhält in Ebersberg 547 Stimmen, die MSPD 297 Stimmen, der Bauernbund 292 Stimmen, die Deutsche Volkspartei (DVP) 46 Stimmen. Auf die USPD entfällt keine der Stimmen.

Antonie Pfülf muss in den 1930er Jahren erleben, dass vieles, wofür sie gekämpft hat, verhöhnt, verspottet wird. Emigrieren ist für sie keine Option, sie wählt den Selbstmord.

## Ein Fest für die Kriegsheimkehrer

Von Eleonore Schurer (Schwiegertochter des Gründers der SPD Ortsgruppe Ebersberg und Ehefrau des späteren 2. Bürgermeisters Sebastian Schurer jun.) existiert eine Schilderung der Ereignisse aus den Jahren 1918 bis 1925. Sie hat den Text vermutlich im Auftrag von Bürgermeister Otto Meyer (im Amt 1926 bis 1933 und 1945 bis 1957) geschrieben, dessen Sekretärin sie war. „Eine Revolution, die am 7. November 1918 in München ausgerufen wird, beendet diesen großen Krieg, der so viel Elend, Not und Blutopfer gefordert hatte. (...) Die ersten rückkehrenden Soldaten trafen allmählich bei ihren Angehörigen ein. Eine ausgehungerte Heimat mit einer großen Wohnungsnot trafen sie an. Am 17. November 1918 nahm auch hier ein gewählter Arbeiter- und Bauernrat seine Tätigkeit auf.“



Festzug zur Krieger-Heimkehrfeier am 24.2.1919



Programm zur Feier der Kriegsheimkehrer

Eleonore Schurer schildert die Feierlichkeiten, die am 24. und 25. Februar 1919 zu Ehren der Heimkehrer stattfinden als Fest, „wie es Ebersberg noch nie gesehen hatte“. Die beiden Sprecher sind Bürgermeister Georg Eichberger und der Vertreter der Heimkehrer, Josef Müller. Unter den Kriegsheimkehrern ist auch Eleonores Schwiegervater, Sebastian Schurer. Im Programm für die Feier zur Ehrung der heimgekehrten Krieger bekommt die traurige Bilanz des Krieges Namen: der 61 Toten, 7 Vermissten und 10 Gefangenen.

## Sorge vor der Räterepublik aus der Sicht von Eleonore Schurer

Noch hat man Grund zur Freude. Doch bald schon wächst die Sorge. Eleonore Schurer beschreibt die Tage so: „In München wurde am 7. April 1919 die Räterepublik ausgerufen, Verhaftungen durchgeführt und Geisel erschossen. Zum Schutze der Bevölkerung, die durch Gewalttätigkeiten und Unsicherheit stark bedroht war, wurde auch in Ebersberg eine Schutz- und Heimatwehr gegründet. (...) Es galt vor allem die Spartakisten von unserer Heimat fern zu halten. Verbindungen wurden mit Heimatwehren von Grafing, Oberndorf und Steinhöring aufgenommen und die Abwehr organisiert. Aber es fehlten die notwendigen Waffen. Ein Bravourstück wurde von den Ebersbergern Georg Standl, Hans Birkmeier, Toni Reiser, Johann Beer, Martin Stumbeck und Kaspar Haberl (...) geleistet, die mit zwei Lastwägen und gefangenen Spartakisten sich durch die teilweise von Revolutionären besetzten Gegenden nach Passau durchschlugen, wo Gelegenheit war, Waffen und Munition zu laden. Als Kartoffeltransport



Die Idylle auf dem Bild trägt. Die junge Weimarer Demokratie beginnt zu wanken und die Entwicklung macht auch vor Ebersberg nicht halt.



Die Hohenlindenerstraße auf Höhe der heutigen Hausnummer 6, 1925 noch eine schmale Kiesstraße

getarnt ging es teilweise mit Bahnverladungen über österreichisches Gebiet auf großen Umwegen und mit Gefahren der besorgten Heimat zu, wo sie denn auch bald unter dem Jubel der Bevölkerung eintrafen. Nun konnten Waffen an die Heimat verteilt werden und wenn fast täglich die große Glocke Sturm läutete, war dies ein Alarmzeichen, daß plündernde Horden auf dem Anmarsch waren.“

Die Heimatwehren erreichen, so ist in den schriftlichen Aufzeichnungen von Eleonore Schurer zu lesen, dass die Gegend um Ebersberg von Gewalttätigkeiten befreit geblieben sei. Auch habe man mithelfen können, die Landeshauptstadt von der Besatzung zu befreien.

Die Räterepublik ist zerschlagen und man befasst sich wieder mit den alltäglichen Dingen. Mit einem Festabend am 6. März 1920 heißt man im Oberwirtsaal weitere heimgekehrten Kriegsgefangenen willkommen.

## Die Weltwirtschaftskrise und die Folgen

Die Busverbindung nach München nimmt wieder den Betrieb auf (1925). Die Kirche wird mit drei neuen Glocken ausgestattet, nachdem die alten für den Krieg geopfert werden mussten (1925). Das neue Knabenschulhaus wird eingeweiht (1926). Das Luftschiff Graf Zeppelin fliegt „in großartiger Schönheit“ über Ebersberg (1929). Man könnte meinen, das Leben geht wieder seinen gewohnten Gang. Doch mit dem Schwarzen Donnerstag, dem Börsenkrach an der New Yorker Börse und der Weltwirtschaftskrise bahnt sich die nächste Katastrophe an. Eleonore Schurer schreibt:

„Im Februar 1929 herrschten Kältegrade von 30–35 Grad. Das Wild im Forst verendete und erfror in Massen (...) Das Eis im Klostersee hatte eine Stärke von 1 Meter. (...) Das Bayer. Sperrholzwerk A.-G. legte seinen Betrieb still. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von Woche zu Woche. Handwerk und Handel kamen zum Erliegen. (...) Eine Volksküche gab für die Notleidenden ein Mittagessen für 20 Pfg. ab.“

Am 9. März (1933) wurde am Rathaus und auf den Staatsgebäuden die Hackenkreuzfahne gehiebt. (...) Sämtliche Glocken unserer Pfarrkirche verstummten am 27. April 1942. Sie wurden abmontiert, sogar die alte historische Wetterglocke aus dem Jahre 1784 wurde nicht verschont.“



Beim Rathausbrand Ebersberg wird der Dachstuhl vollkommen zerstört. Den Flammen zum Opfer fällt damit auch das gemeindliche Archiv, 1925

# 1919 – 1934

## Sebastian Schurer sen., Gründer des Ortsvereins der SPD Ebersberg

Am 25. Januar 1884 wird Sebastian Schurer geboren. Er ist der Sohn von Magdalena (geb. Brandhofer) und Sebastian Schurer, dessen Beruf mit „Pulvergütler“ bezeichnet wird (vermutlich ein Begriff für einen „Kleinbauern“). Sebastian hat noch zwei weitere Brüder: Marinus und Josef. Letzterer, von Beruf Hauer (Forstarbeiter), wird später Sebastians Mitstreiter bei der Gründung der Ebersberger SPD. Es gibt noch eine weite Verzweigung der Familie in Eggelsee. Auch hier gibt es einen Sohn namens „Sebastian Schurer“, er wird später Ortsvorsitzender der NSDAP. Dieser Umstand führt nach 1945 immer wieder zu Missverständnissen in der lokalen Geschichtsschreibung.

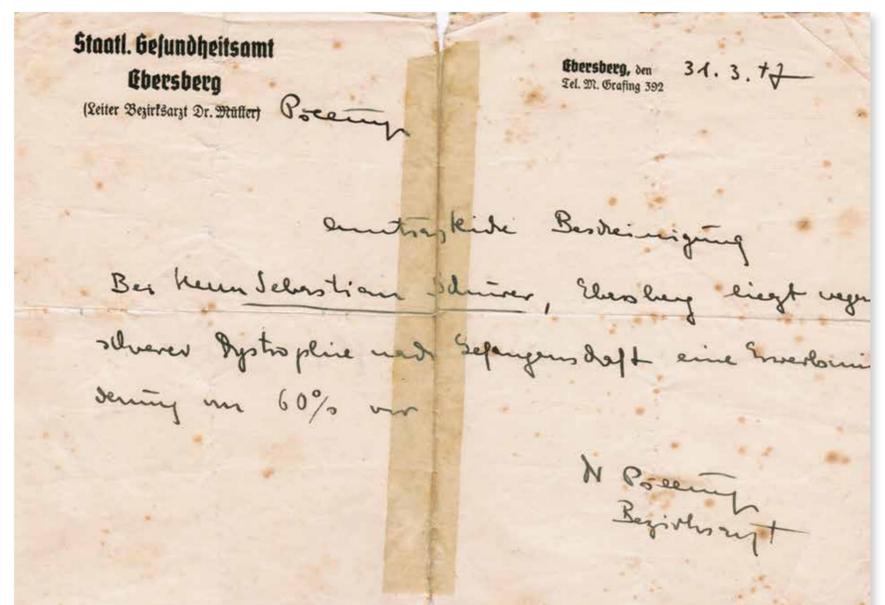
Sebastian Schurer ist Teilnehmer am Ersten Weltkrieg. In der Schlacht um Verdun erleidet er einen Oberschenkeldurchschuss. Die Tragweite der Kriegserfahrungen wird sichtbar in der amtsärztlichen Bescheinigung des Dr. Pöllinger, wonach Sebastian Schurer wegen „schwerer Dystrophie nach Gefangenschaft“ (der medizinische Begriff für körperliche und seelische Folgen von totaler Kriegführung, Schockerlebnissen, Hungerentbehrungen und erbarmungsloser Massenbestrafung) eine Erwerbsminderung von 60% bescheinigt wird. Das Attest ist datiert auf den 31. März 1917. Ein knappes halbes Jahr vorher ist sein Sohn Sebastian geboren worden. Sebastian Schurer, der als Kassenverwalter in der Ortskrankenkasse Ebersberg (der späteren AOK) arbeitet, ist zwischen 1919 und 1933 Mitglied im Ebersberger Gemeinderat. Nach der Machtergreifung der NSDAP wird er gezwungen, sein Mandat niederzulegen. Schurer stirbt am 25. Juni 1934 nach einem längeren, schweren Leiden, eine Folge der Oberschenkelamputation. Seine Frau Theresia überlebt ihn um 23 Jahre.



Hochzeit von Sebastian Schurer und Therere Eberl



Sebastian Schurer (Bildmitte) im Kreis der Familie, rechts unten am Bildrand kniend, sein Sohn, Sebastian (Bob) Schurer



Der Bezirksarzt bescheinigt Sebastian Schurer sen. eine Erwerbsminderung wegen schwerer Dystrophie (Krankheitsbild nach schweren Schockerlebnissen und schwerer Mangelernährung) nach der Gefangenschaft

## Junge Demokratie in Gefahr

Die Auseinandersetzungen zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Kräften in der noch jungen Weimarer Demokratie machen einen gemeinsamen Abwehrkampf gegen den bereits erkennbaren Aufstieg rechtskonservativer und reaktionärer Kräfte unmöglich.

Zur Gefahr der jungen Demokratie wird der Versailler Vertrag. Bereits vor Unterzeichnung wird er von allen politischen Kräften in Deutschland als niederschmetternd empfunden. Das Kabinett von Philipp Scheidemann tritt geschlossen zurück. Man will die Verantwortung nicht tragen, die mit der Unterzeichnung verbunden ist. Aber es bleibt keine Alternative: Die Nationalversammlung stimmt letztlich aus Furcht vor militärischen Sanktionen zu. Der Versailler Vertrag wird am 28. Juni 1919 unterzeichnet. Der Berliner Anzeiger bezeichnet es als „Der Gewaltfrieden von Versailles“.

## Die Dolchstoßlegende

Am 20. August 1919 wird von der Nationalversammlung ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt. Er dient der Klärung der Schuldfrage zum Ausbruch und zum Verlust des Ersten Weltkrieges, zu Völkerrechtsverletzungen sowie zu den versäumten Friedensmöglichkeiten. Paul von Hindenburg beklagt vor dem Untersuchungsausschuss, die deutsche Armee sei nicht besiegt, sondern von hinten erdolcht worden, und begründet damit die Dolchstoßlegende. Diese Darstellung wird zu einem wichtigen Ankerpunkt der nationalsozialistischen Ideologie.

Die zur Demokratie stehenden Parteien verlieren bereits 1920 die parlamentarische Mehrheit. Von sieben Regierungen in den Jahren 1924 bis 1929 haben nur noch drei eine Mehrheit im Reichstag. Die SPD bleibt zwar bis 1932 die stärkste politische Kraft, allerdings kann sie meist nur mehr aus der Opposition heraus agieren. Die Schwäche des Parlaments begünstigt das staatsautoritäre und republikfeindliche Denken.

## Ein nicht genehmigtes Flugblatt

Am 4. Dezember 1924 sorgt in Ebersberg und Grafing ein anonymes Flugblatt für Aufregung. Der Verfasser kritisiert die „Vetternwirtschaft“ in der Ebersberger Gemeinderatswahl. Ferdinand Lehnert wendet sich daraufhin an die Ortspolizei Ebersberg und erhebt einen Strafantrag gegen den Hersteller des Flugblattes. Das Schreiben trägt den Briefkopf von Der Oberbayer (Generalanzeiger für das bayer. Oberland) der Geschäftsstelle Ebersberg. Ferdinand Lehnert ist zu diesem Zeitpunkt Schriftleiter der Geschäftsstelle Ebersberg. In den Jahren 1957-1972 wird er Bürgermeister der Stadt Ebersberg sein.

Die Angelegenheit wird dem Amtsgericht Ebersberg weitergeleitet. Tatsächlich ist das Flugblatt nicht genehmigt. Als Urheber des Textes ermittelt man den landwirtschaftlichen Arbeiter, Georg Riedmeier. Unter Verdacht gerät auch die „Buchdruckerei Hans Hausser in Grafing“, in deren Nähe man die ersten Flugschriften gesehen haben will.

Interessant sind die Hintergründe: Hans Hausser veröffentlicht seit 1923 die Grafinger Zeitung, eine Konkurrenz zu Der Oberbayer, der in der Ebersberger Druckerei von Karl Schmidle, dem späteren Bürgermeister (1933–1945), veröffentlicht wird. Die Notwendigkeit, im Markt Grafing eine eigene Zeitung mit dem Titel Grafinger Zeitung herauszugeben, ergibt sich, nachdem Der Oberbayer nach dem Hitlerputsch 1923 wegen regierungskritischer Berichterstattung für einige Zeit verboten wird. „Als Ersatz erschien im Dezember 1923 erstmals ein ‚Inseraten- und Offerten-Blatt des Bezirkes Ebersberg‘, das sich ab Januar 1924 ‚Markt Grafinger Wochenblatt‘ nannte.“ (Quelle: www.bayerische-landesbibliothek-online.de). Das Blatt wird nach 1934 „Anerkanntes Parteiorgan der NSDAP“ und verliert nach 1945 die Lizenz zur Veröffentlichung. Nach Aufhebung des Lizenzierungszwangs 1949 wird die Grafinger Zeitung in Kooperation mit dem Ebersberger Anzeiger wieder begründet und geht später im Münchner Merkur auf.

**Reichstagswahlergebnisse von 1920 bis 1933**

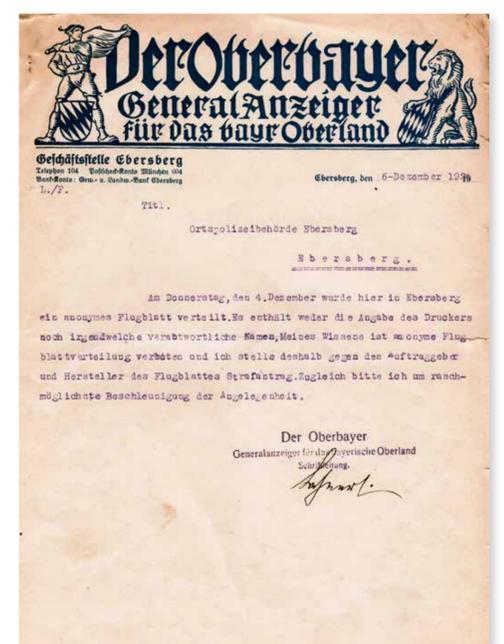
	National-Vers. Wahl von 19. 1. 1919	1. Reichstag Wahl von 6. 6. 1920	2. Reichstag Wahl von 4. 5. 1924	3. Reichstag Wahl von 7. 12. 1924	4. Reichstag Wahl von 20. 8. 1928	5. Reichstag Wahl von 14. 8. 1930	6. Reichstag Wahl von 21. 7. 1932	7. Reichstag Wahl von 6. 11. 1932	8. Reichstag Wahl von 6. 5. 1933
Wähler	30.400.300	28.196.300	29.281.186	30.283.805	30.753.247	34.956.471	36.682.354	35.471.745	39.343.331
Nichtwähler	5.903.784	7.753.474	9.089.866	8.668.840	10.471.431	8.026.441	7.344.481	8.929.259	5.342.433
Wahlberechtigte	36.304.084	35.949.774	38.371.052	38.952.645	41.224.678	42.982.912	44.226.835	44.401.004	44.685.764

**Stärke der Parteien**

Parteien	National-Vers.	1. Reichstag	2. Reichstag	3. Reichstag	4. Reichstag	5. Reichstag	6. Reichstag	7. Reichstag	8. Reichstag
National-Soc.	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Deutsch-Nat.	3.121.500 44 Abg.	4.249.100 71 Abg.	5.596.368 95 Abg.	6.205.324 103 Abg.	4.381.563 73 Abg.	2.457.686 41 Abg.	2.177.414 37 Abg.	3.019.099 52 Abg.	3.136.760 52 Abg.
Deutsche Volksp.	1.345.600 19 Abg.	3.919.409 65 Abg.	2.694.217 45 Abg.	3.049.215 51 Abg.	2.679.203 45 Abg.	1.693.878 30 Abg.	436.012 7 Abg.	661.796 11 Abg.	412.312 2 Abg.
Kleine Parteien	484.800 7 Abg.	869.800 9 Abg.	2.754.263 29 Abg.	2.365.080 29 Abg.	4.326.912 51 Abg.	4.868.673 72 Abg.	1.126.991 11 Abg.	1.102.409 12 Abg.	634.693 7 Abg.
Zentrum	5.980.200 91 Abg.	5.083.603 85 Abg.	4.860.027 81 Abg.	5.250.169 88 Abg.	4.657.796 78 Abg.	5.185.637 87 Abg.	5.782.019 97 Abg.	5.326.067 90 Abg.	5.498.457 92 Abg.
Demokraten	5.641.800 75 Abg.	2.333.700 39 Abg.	1.655.049 28 Abg.	1.917.765 32 Abg.	1.479.374 25 Abg.	1.205.521 20 Abg.	371.799 4 Abg.	336.451 2 Abg.	334.242 5 Abg.
Sozial-Demokr.	13.826.400 185 Abg.	11.151.200 186 Abg.	6.008.713 100 Abg.	7.880.963 131 Abg.	9.152.979 153 Abg.	8.575.244 143 Abg.	7.959.712 133 Abg.	7.247.956 121 Abg.	7.181.629 120 Abg.
Kommunisten	—	589.500 4 Abg.	3.693.139 62 Abg.	2.708.345 54 Abg.	3.264.793 54 Abg.	4.590.169 77 Abg.	5.282.626 89 Abg.	5.980.162 100 Abg.	4.848.058 81 Abg.
<b>Total</b>	<b>30.400.300</b> 421 Abg.	<b>28.196.300</b> 459 Abg.	<b>29.281.186</b> 472 Abg.	<b>30.283.805</b> 493 Abg.	<b>30.753.247</b> 491 Abg.	<b>34.956.471</b> 577 Abg.	<b>36.682.354</b> 608 Abg.	<b>35.471.745</b> 584 Abg.	<b>39.343.331</b> 647 Abg.

Eine Übersicht der Reichstagswahlergebnisse in den Jahren 1920 bis 1933 zeigt: Die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung NSFP (eine Listenvereinigung rechtsextremer Parteien) kommt 1924 auf 6,5%. Die rechtsgerichteten Gruppierungen der Reichstagsfraktion gehen 1925 in der neu gegründeten NSDAP auf.



Der Schriftleiter des Generalanzeigers, Ferdinand Lehnert, stellt 1924 Strafanzeige gegen den Hersteller eines ungenehmigten Flugblattes.



Ein nicht genehmigtes Flugblatt des landwirtschaftlichen Arbeiters, Georg Riedmeier, kommt in Umlauf und sorgt bei der politischen Konkurrenz für Unruhe.

# 1933

Ebersberg

SPD

## Das Ende der Goldenen Jahre

Die NSDAP bildet sich am 24. Februar 1920 in München. Von Anfang an weist das Parteiprogramm entschiedene antidemokratische, völkisch-nationalistische, rassistische und antisemitische Positionen auf. Es folgen wiederholt Angriffe auf die Demokratie: Kapp-Putsch, Hitler-Ludendorff-Putsch, Marsch auf die Feldherrnhalle, 1921 wird Adolf Hitler Vorsitzender. Am 23. November 1923 gibt es ein reichsweites Verbot gegen die NSDAP, das gesamte Parteivermögen wird konfisziert, die Geschäftsstelle in München geschlossen. 1924 wird Hitler verhaftet und wenig später wieder freigelassen. Die NSDAP kann sich 1925 wieder neu etablieren, bleibt aber fünf Jahre eine Splitterpartei.

1928: Deutschland scheint stabilisiert zu sein. Die SPD gewinnt die Reichstagswahl und bildet eine Große Koalition mit dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei, der linksliberalen DDP und der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP). Dann nimmt das Unheil seinen Lauf: Am 24. Oktober 1929 erschüttert der Börsencrash in New York die Welt. Erste Banken erklären sich für zahlungsunfähig. Die Pleite trifft Arme wie Reiche. Die deutsche Koalitionsregierung unter Leitung des schwerkranken Hermann Müller (SPD) zerbricht an der Frage der Arbeitslosenversicherung. Die Weltwirtschaftskrise und die damit einhergehende Arbeitslosigkeit stärkt in Deutschland den Wunsch nach dem „starken Mann“.



Szene aus dem Deutschen Reichstag während der Abstimmung zum Ermächtigungsgesetz. Am Rednerpult Adolf Hitler

## Ermächtigungsgesetz 1933

Hitler kandidiert 1932 zur Reichspräsidentenwahl. Weder er noch seine drei Mitbewerber sind Demokraten. Die SPD will Hitler verhindern und unterstützt Hindenburg. Die NSDAP wird 1932 zur stärksten Fraktion im Reichstag. Am 30. Januar 1933 (Hitlers Ernennung zum Reichskanzler) feiern die Nationalsozialisten die „Machtübernahme“. Es folgen erste „Notverordnungen“ gegen Sozialdemokraten und Kommunisten, das Verbot der KPD, die Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit, die Verfolgung und Misshandlung von SPD-Mitgliedern, die Errichtung eines Konzentrationslagers in Dachau und der Reichstagsbrand in Berlin. Am 28. Februar 1933 werden durch den Reichskanzler Adolf Hitler die Bürgerrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt. Am 24. März 1933 folgt das Ermächtigungsgesetz.

Der SPD-Vorsitzende Otto Wels spricht die letzten freien Worte im Deutschen Reichstag: „Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten.“ Zwei Drittel der Abgeordneten aus allen Parteien (mit Ausnahme der SPD) stimmen dem Gesetz zu. Aus den SPD-Reihen gibt es keine Zustimmung, nur 94 Ablehnungen. 16 SPD-Abgeordnete sind nicht anwesend, da sie verhaftet oder auf der Flucht sind. Die 81 KPD-Abgeordneten sind an diesem Tag nicht mehr anwesend. Auch sie: verhaftet oder auf der Flucht.

Alle bestehenden Einrichtungen und Organisationen werden daraufhin gleichgeschaltet, entweder lösen sie sich selbst auf oder sie werden eingegliedert, ansonsten verboten oder zwangsaufgelöst. Mit dem Nationalsozialismus endet vorübergehend auch die Geschichte der Frauenbewegung. Das passive Wahlrecht für Frauen wird wieder abgeschafft. Sie sind nun von politischen Funktionen und Ämtern ausgeschlossen.



SPD-Wahlplakat 1932, in dem sich die Sozialdemokratie gegen Monarchisten, Nationalsozialisten und Kommunisten wendet.



Aufmarsch von Nationalsozialisten am Marktplatz Ebersberg, 1. Mai 1934



Mit der Machtübernahme wird die Bahnhofstraße in Adolf-Hitler-Straße umbenannt

## Die Machtübernahme in Ebersberg

Der Kreisheimatpfleger Markus Krammer schildert die Tage der Machtübernahme in einem Zeitungsbericht (SZ EBE vom 8./9. Mai 1933):

„Am Tag vor der Wahl wurde abends um acht Uhr mittels großer Lautsprecher am Marienplatz in Ebersberg die Königsberger Kundgebung der NSDAP mit der Rede des Reichkanzlers Adolf Hitler übertragen. Anschließend veranstaltete die SA einen Fackelzug. Sofort nach der Wahl begann die Gleichschaltung (...) In der Gemeinde Ebersberg kam es bei dieser Wahl zu folgendem Ergebnis: Wahlberechtigte: 1844; abgegebene gültige Stimmen: 1597; NSDAP 738; Bayerische Volkspartei: 478; Sozialdemokratische Partei Deutschlands: 162; (...)“

Am 9. März 1933, nach der Übernahme der Polizeigewalt am Rathaus sei eine Hakenkreuzfahne gehisst worden, schreibt ein nicht genannter Chronist, Zwischenfälle habe es nicht gegeben. Krammer zitiert den Chronisten mit den Worten: „(...) der gewaltigen Leistung des Führers der deutschen Volksbewegung (...) Adolf Hitler wurde Rechnung getragen (...)“ Hitler wird in der Sitzung zum Ehrenbürger ernannt und die Bahnhofstraße in Adolf-Hitler-Straße umbenannt.

## 1933 – Ende des SPD Ortsvereins

Am 3. April 1933 informiert das Bezirksamt Ebersberg die Gemeindebehörden über die Verbote marxistischer Organisationen. Betroffen sind auch alle, die berufliche, gesundheitliche, gesellschaftliche und sportliche Interessen ihrer Mitglieder wahrnehmen, und jene, die der marxistischen Weltanschauung nahestehen. Eine Gefahr sieht man nicht nur in den Parteien, sondern auch in Vereinen, wie dem Radfahrerverbund Solidarität und dem Naturfreundeverein.

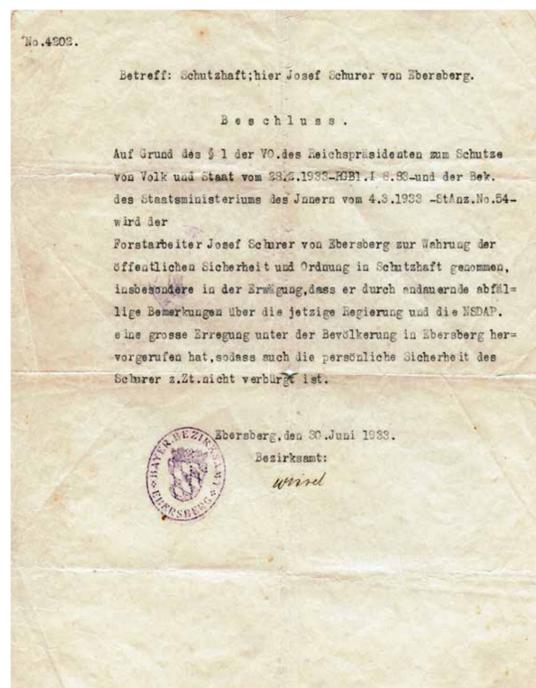
Im Gemeinderat Ebersberg sitzen zu diesem Zeitpunkt 6 Vertreter der NSDAP, darunter Franz Dumser (der kurz darauf Bürgermeister wird) außerdem drei Vertreter der BVP, zwei Vertreter der SPD (darunter der Gründer des SPD-Ortsvereins, Sebastian Schurer). Am 24. April 1933 legen der 1. Bürgermeister Hans Widmann und sein Stellvertreter Otto Meyer ihr Amt nieder. Zwei Tage später tritt der neue Gemeinderat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Franz Dumser wird einstimmig zum 1. Bürgermeister gewählt. Doch bereits im Juni tritt er auf Druck des Ortsgruppenleiters der NSDAP als Bürgermeister und Gemeinderatsmitglied zurück und wird durch Karl Schmidle ersetzt. Am 27. April ordnet die bayerische NS-Regierung an, alle sozialdemokratischen Mitglieder aus den kommunalen „Vertretungskörperschaften“ auszuschließen. Sebastian Schurer und Gallus Bichlmeier müssen am 20. Juni 1933 ihren Austritt aus dem Gemeinderat erklären. Die beiden Sitze werden durch die „Staatsaufsichtsbehörde“ in Rücksprache mit dem Gauleiter der NSDAP vergeben.

## Enthemmte Gewalt der Masse

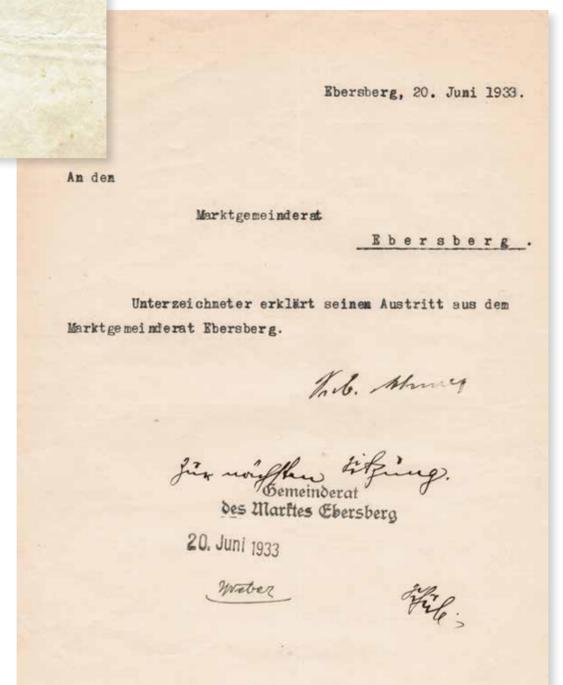
Wie der Kreisheimatpfleger Markus Krammer in der SZ EBE vom 10. Mai 1933 schreibt, wird im neuen NSDAP-Heim, der Sieghartsburg, gegen Mitglieder bürgerlicher Parteien „maßlos gehetzt“, worauf hin sich in der Nacht vom 29. auf 30. Juni 1933 eine „wild schreiende Menschenmenge unter Haberfeldlärm“ mehrere Personen aus ihren Häusern holt und ihre Verhaftung erzwingt. Die Randalierer machen am Kooperatorenhaus (an der Stelle der heutigen Kreissparkasse) nicht einmal vor dem örtlichen Geistlichen Vitus Grein halt.

Am 30. Juni wird auch Josef Schurer (Bruder von Sebastian Schurer und 2. Vorsitzender der SPD) in Schutzhaft genommen. Das Bezirksamt schreibt in seiner Begründung: „(...) dass er durch andauernde abfällige Bemerkungen über die jetzige Regierung und die NSDAP eine grosse Erregung unter der Bevölkerung in Ebersberg hervorgerufen hat.“

Sebastian Schurer stirbt 50-jährig am 25. Juni 1934 im Krankenhaus Ebersberg.



Josef Schurer, SPD-Mitglied und Bruder von Sebastian Schurer wird wegen seiner Kritik in Schutzhaft genommen.



Sebastian Schurer wird, wie auch die anderen SPD-Gemeinderäte, von der Kreisleitung der NSDAP zum Rücktritt gezwungen, und hatte dazu eine Erklärung zu unterschreiben.

Nach dem 22. Juni 1933 wird die SPD als „volks- und staatsfeindliche Organisation“ verboten. Die schriftlichen Unterlagen des SPD-Ortsvereins werden beschlagnahmt und vernichtet.

# 1933

Ebersberg

SPD

*„Die Machtergreifung der Nationalsozialisten in Bayern ging mit der Stürmung von Partei- und Gewerkschaftshäusern sowie von Parteizeitungen einher. (...) Es folgte die Absetzung aller Gemeinderäte der SPD, KPD und anderer sozialistischer Parteien. Viele PolitikerInnen kamen in das im März 1933 neu eingerichtet Konzentrationslager Dachau. In den folgenden Wochen setzte das nationalsozialistische Regime dann zum letzten Schlag gegen die Sozialdemokratie an: Zunächst wurde das Parteivermögen der SPD beschlagnahmt. Am 22. Juni wurden schließlich sämtliche Mandate der SPD auf allen parlamentarischen Ebenen für ungültig erklärt, der SPD wurde die Betätigung verboten. Kurz darauf wurden sozialdemokratische FunktionärInnen und MandatsträgerInnen in „Schutzhaft“ genommen. In den folgenden Wochen wurden die letzten verbliebenen Vereine aus dem Umfeld der Arbeiterbewegung endgültig aufgelöst und ihr Vermögen konfisziert.“*

Der Großteil der SPD- Parteimitglieder bleibt gegenüber der nationalsozialistischen Idee resistent. Viele Sozialdemokraten werden bedroht, verschleppt, in Konzentrationslagern und Zuchthäusern ermordet. Eine Minderheit leistet Widerstand in illegal geführten Organisationen und plant die politisch-gesellschaftlichen Neuordnung nach dem Ende der Hitler-Herrschaft.

Zwischen 1933 und 1940 agiert die Exilorganisation SoPaDe von Prag und später von Paris und London aus. Die politisch-ideologische Nachfolge wird von USA durch die German Labour Delegation (GLD) koordiniert.

1933 – 1945

Ebersberg

SPD

# Gleichschaltung von Gesellschaft, Kultur und Politik

*„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“*

Otto Wels

Kurt Schumacher und weitere SPD-Genossen planen drei Wochen vor Kriegsende in Hannover die Wiedergründung der SPD. Formal wird der Wiederaufbau der Partei mit der Gründung von „Zentralausschüssen“ im Juni 1945 gestartet und auf dem Parteitag im Mai 1946 vollendet. Die Partei wird auf die Westzone beschränkt. Zu diesem Zeitpunkt zählt die SPD etwas mehr als 700.000 Mitglieder. Die Delegierten wählen Kurt Schumacher zum Vorsitzenden.

„Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten.“ Das sind die letzten frei gesprochenen Worte gewesen, die Otto Wels vor der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes 1933 im Deutschen Reichstag gesprochen hat. Der letzte SPD-Vorsitzende der Weimarer Republik hat die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt bekommen, nachdem er zuerst ins Exil im Saarland und danach in Prag und schließlich nach in Paris gegangen ist. 1939 stirbt er in Paris.

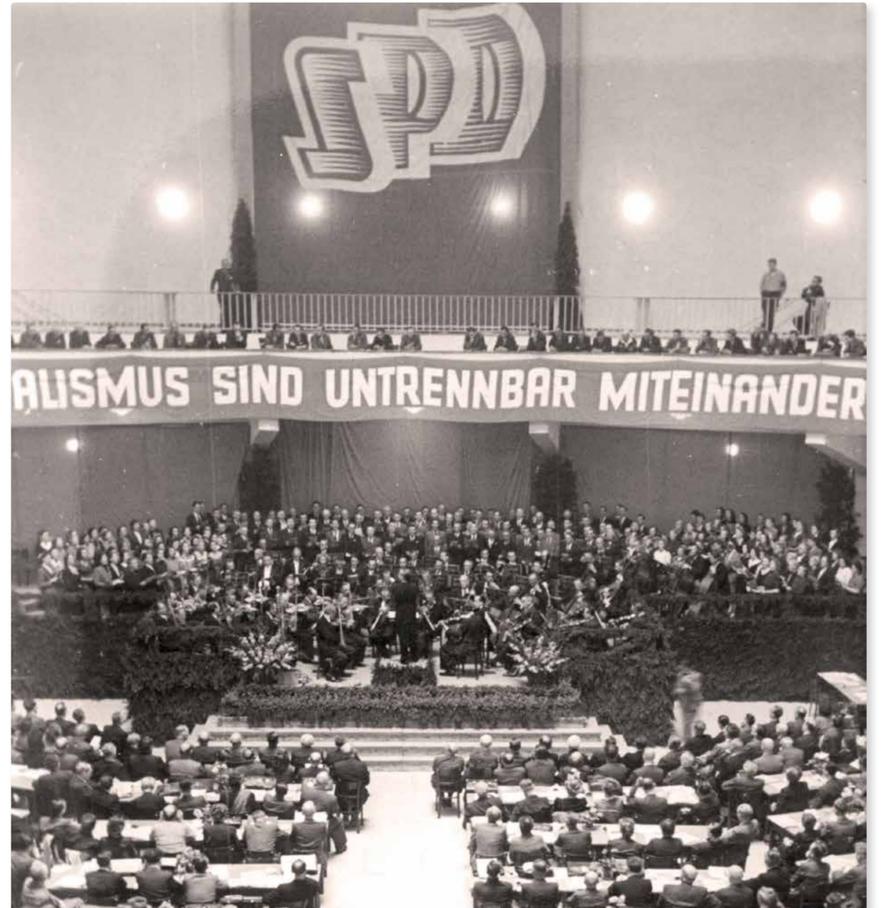
## Erste Bundestagswahl

Die sozialdemokratische Idee- und Wertegemeinschaft überlebt 12 Jahre NS-Diktatur. Nach Kriegende können sich vergleichsweise schnell verschiedene sozialistische Organisationen deutschen Ursprungs wieder in die SPD integrieren und es werden wichtige Persönlichkeiten gewonnen. Darunter ist Herbert Ernst Karl Frahm, der nach 1947 dauerhaft seinen Decknamen „Willy Brandt“ annimmt. Der SPD-Exilvorstand in London kann den organisatorischen Wiederaufbau der Partei im besetzten Deutschland zunächst noch nicht unterstützen. In der Sowjetischen Besatzungszone werden KDP und SPD zur SED zwangsvereinigt.

1949 finden die ersten freien Wahlen der neu gegründeten Bundesrepublik Deutschland statt. Die SPD kann 29,5 % der Stimmen auf sich vereinen. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) erhält 25,2 % (sie existiert zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht als Bundespartei, sondern lediglich als „Arbeitsgemeinschaft der Länderparteien“). CDU/CSU, FDP und DP bilden eine Koalition, die SPD wird Oppositionspartei. Diese Rolle behält sie auf Bundesebene bis 1966.



München Siegestor 1945



SPD-Parteitag in Düsseldorf 1948

## Die bayerische SPD nach 1945

Die amerikanische Besatzungsbehörde ernennt am 28. September 1945 Wilhelm Hoegner zum neuen bayerischen Ministerpräsidenten. Hoegner, der sich im Schweizer Exil mit einer möglichen Verfassung beschäftigt hat, wird zu einem der wichtigsten Architekten des neuen Freistaates. Ein erster Landesparteitag der bayerischen SPD findet im April 1946 in Erlangen statt.

Nach dem Inkrafttreten der bayerischen Verfassung wählt der neu konstituierte Landtag am 21. Dezember 1946 Hans Ehard (CSU) zum Ministerpräsidenten. Die SPD bleibt aber Teil der Regierung, verlässt jedoch 1947 die Koalition. Bei der darauffolgenden Landtagswahl (1950) wird die SPD stärkste Partei, allerdings erzielt die CSU als Fraktion einen Sitz mehr. 1954 bildet die SPD unter dem Ministerpräsidenten ein Viererbündnis. Nun regieren drei Jahre lang alle Parteien im Landtag außer der CSU. Die Koalition zerbricht infolge des schlechten Abschneidens der Bayernpartei bei der Bundestagswahl 1957. Der Block der Heimatvertriebenen verlässt die Regierungskoalition, Hoegner erklärt am 8. Oktober 1957 seinen Rücktritt.

*„Die Deutschen müssen Verantwortung tragen. Verantwortung ist jedoch nicht dasselbe wie Schuld. Diejenigen, die sich nicht schuldig fühlen und an den nazistischen Verbrechen nicht schuld sind, können sich gleichwohl nicht den Konsequenzen einer Politik entziehen, der sich ein allzu großer Teil desselben Volkes bereitwillig angeschlossen hatte.“*

Willy Brandt in seinem Buch „Verbrecher und andere Deutsche“, 1946

# 1948 – 1957

Ebersberg

SPD

## SPD, die älteste demokratische Kraft in der Ebersberg

Nach dem Zusammenbruch 1945 wacht das Office of Military Government, Landkreis Ebersberg, über das politische Tagesgeschehen. Die Marktgemeinde ist von 2332 (1939) auf 4222 (1948) angewachsen. Grundsind Flüchtlinge und Vertriebene, die hier eine Bleibe suchen. 1945 wird die SPD als erste Partei wieder zugelassen, im Oktober findet die Wiedergründung statt. 40 Ebersberger treten der Sozialdemokratischen Partei bei, darunter ist der Waldarbeiter (Haumeister) Josef Schurer (der 1933 für seine regierungskritischen Äußerungen in Schutzhaft genommen worden war). Er wird zum 1. Vorsitzenden gewählt. Die Militärregierung setzt den Malermeister Otto Meyer als Bürgermeister sowie Josef Schurer und seine Parteigenossen, Josef Feichtner, Georg Birkmeier, Josef Mäusl und Adolf Joas, als Gemeinderäte ein. Während in Ebersberg Josef Schurer den SPD-Ortsverein neu formiert, befindet sich sein Neffe Bob Schurer (Sohn von Sebastian Schurer) noch in russischer Gefangenschaft.

Am 27. Januar 1946 findet die erste freie Gemeinderatswahl statt. Die SPD zieht mit 4 Personen ins Rathaus ein und ist nach der Bayernpartei und der CSU drittstärkste Kraft. Willy Knör wird Ortsvorsitzender.



Kandidatenliste der SPD zur Stadtratswahl 1956

## Ebersberg wird zur 34. Stadt Oberbayerns erhoben

2. Juni 1954: Dr. Wilhelm Hoegner (SPD), zu diesem Zeitpunkt Innenminister, verleiht um 10.45 Uhr in einem festlichen Akt, unter Fanfarenklängen, Böllerschützen und Glockengeläut, dem Bürgermeister der Marktgemeinde Ebersberg, Otto Meyer, die Urkunde, die der Marktgemeinde von nun an die Stadtwürde verleiht. Der Marktplatz mit Birken und Fahnen geschmückt, die Fassaden neu gestrichen, Ebersbergs Bürger unter strahlend blauem Himmel um das Podium mit den Festrednern geschart. Fritz Melcher trägt als Graf Sieghardt ein historisches Gewand, der Sänger- und Orchesterverein singt Beethovens „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre“ und Vereine und Handwerksabordnungen geleiten die Feierlichkeiten mit ihren Fahnenabordnungen. Wie es guter Brauch ist, überreicht der Bürgermeister der Nachbarstadt als Pate (in diesem Fall Bad Aibling) eine Bürgermeisterkette als Geschenk. Unter den Ehrengästen sind Landrat Dr. Remigius Streibl, Regierungspräsident Johann Mang, Landtagspräsident Dr. Dr. Hundhammer (CSU), Graf Rechberg und Landtagsabgeordneter Otto Freiherr von Feury (CSU).



Feier anlässlich der Ebersberger Stadterhebung  
Regierungspräsident Dr. Johann Mang (rechts) spricht während des Festaktes vor dem Rathaus Ebersberg. In der Bildmitte steht ein Sprecher, der in historischer Tracht Graf Sieghart darstellt. Weitere Personen auf dem Bild: Fritz Melchner und Innenminister Dr. Wilhelm Hoegner

## Wirtschaftlicher Aufschwung wird zu Krise der SPD

Mit dem Wohlstand geht's bergauf, auch in Ebersberg. Die alte Dampfloch nach Wasserburg wird durch die modernere Dieselloch VT 98 ersetzt (besser bekannt unter dem Begriff „Filzenexpress“). Doch sie bekommt schnell Konkurrenz, denn 1950 ist das Jahrzehnt der beginnenden Massenmotorisierung und des Wirtschaftswachstums. Die Bundesrepublik wird vom Verkehr überrollt. Seit September 1957 schreibt ein Bundesgesetz Tempo 50 in Ortschaften vor. Der ADAC und hochrangige Experten befürchten, der Verkehr in den Städten werde zusammenbrechen, wenn man innerorts generell nur noch 50 kmh fahren dürfe. Es wird die Idee geboren, südlich von Ebersberg eine Umgehungsstraße zu bauen.

Der Wohlstand für alle lässt das Interesse an der Sozialdemokratie erlahmen. 1954 übernimmt Kaspar Mittermaier die Verantwortung für den SPD-Ortsverein. Mittermaier übt sein Amt 5 Jahre aus. Keine leichte Zeit für ihn, denn in Ebersberg ist die SPD-Parteiarbeit mühsam und das Interesse der Bevölkerung gering. Der 56-Jährige stellt sein Amt 1959 zur Verfügung, zu seinem Nachfolger wird Sebastian Schurer, kurz „Bob“ genannt, gewählt. Er tritt ein schweres Erbe an, der SPD-Ortsverein zählt mittlerweile nur noch 19 Mitglieder.

Auch im Stadtrat hat es die SPD schwer. Bob Schurer beklagt, dass Arbeitnehmer unterrepräsentiert seien und die Sozialdemokraten die schwierige Aufgabe zu bewältigen hätten, sich (mit sechs von zwanzig Mandaten) gegen die CSU und die dritte Kraft, die „Unabhängigen“ (UWG), durchzusetzen, die sich „zunehmend mehr als Anhängsel der ohnehin schon übermächtigen CSU“ präsentierten.



Nachruf in der Presse auf Kaspar Mittermaier, SPD-Stadtrat, Vorsitzender der Partei (1954–1959), Ehrenvorsitzender

# 1950

Ebersberg

SPD

## Wilhelm Hoegner

23. September 1887 – 5. März 1980

Der SPD-Politiker, Richter und Hochschullehrer Wilhelm Hoegner ist der einzige bayerische Ministerpräsident (1945–1946, 1954–1957), der nicht der CSU angehört. Er gilt als Vater der bayerischen Verfassung.

Schon bei seiner ersten Rede im Landtag 1924 warnt Hoegner vor den Nazis. Im Reichstag gibt er 1930 seine Haltung zu Hitler lauthals zu Gehör. Hoegner wird 1933 aus dem Staatsdienst entlassen und emigriert nach Tirol, später in die Schweiz. Da ihm jede politische und juristische Tätigkeit untersagt bleibt, publiziert er unter seinem Pseudonym „Urs Liechti“ den Roman Wodans Wiederkunft. Lustiger Reisebericht aus einer traurigen Zeit.

Im Schweizer Exil entwirft Ludwig Hoegner zusammen mit Hans Nawiasky, Otto Braun und Joseph Wirth eine Reichsverfassung. Außerdem formuliert er Gesetzestexte für die Errichtung eines bayerischen Staates (in einem föderalistischen System) und vor allem Texte für die Bayerische Verfassung, die 1945 als fortschrittlichste weltweit gilt. Die gedankliche Basis beschreibt die Präambel eindrucksvoll: „Angesichts des Trümmerfeldes, ...“. Damit sind nicht nur die Trümmer von Häusern und Städten gemeint, sondern primär die moralischen und weltanschaulichen Fundamente eines Staatswesens.

Nach Kriegsende kehrt Hoegner nach Deutschland zurück und leitet den Wiederaufbau der Justizverwaltung. Drei Monate später benennt die amerikanische Besatzungsbehörde Hoegner zum bayerischen Ministerpräsidenten. Bei der Landtagswahl 1954 kann die SPD leicht zulegen und bildet mit der Bayernpartei, dem BHE und der FDP eine Viererkoalition unter dem Ministerpräsidenten Hoegner.

Hoegner führt von 1958 bis 1962 die Landtagsfraktion der SPD und ist von 1962 bis zu seinem Ausscheiden aus dem Landtag 1970 stellvertretender Präsident des Bayerischen Landtags.



Wilhelm Högners Besuch in Ebersberg



Wilhelm Hoeger (links), bei seinem Besuch in Kirchseeon, rechts neben ihm: Rudolf Adametz (SPD), Geschäftsführer der SPD im Unterbezirk Rosenheim, Kreisrat und Gemeinderat in Kirchseeon

*„Wir wissen nicht, was aus Deutschland wird, aber den bayerischen Staat wollen wir uns so einrichten, daß sich auch der ärmste bayerische Arbeiter und Bauer darin heimisch fühlen kann.“*

Wilhelm Hoegner in einer seiner ersten Reden nach Kriegsende 1945, zit. n. Brigitta Roth: Bayern in Zitaten der Welt, München 2001, S. 177.

# 1960



## Sebastian Schurer wird Spitzenkandidat

Unter der Führung von Bob Schurer geht der Ortsverein 1960 in die Stadtratswahl. Es gibt Querelen mit dem amtierenden Bürgermeister Lehnert. Die SPD verzichtet nach einer Aussprache darauf, einen eigenen Kandidaten ins Rennen zu schicken, erarbeitet aber ein eigenes Wahlprogramm, um die Positionen der SPD deutlich zu machen. 1966 ist der Unmut in der SPD über Bürgermeister Lehnert so groß, dass der SPD-Ortsverein in einem Bürgerbrief rät, bei der Wahl des Bürgermeisters den Namen „Ferdinand Lehnert“ zu streichen.

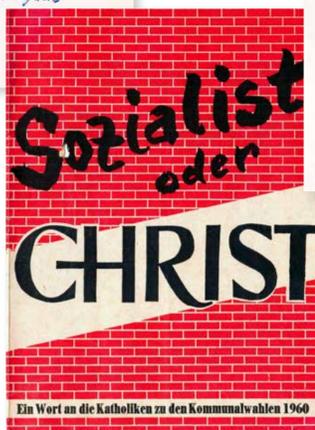
Sebastian Schurer notiert fein säuberlich, handschriftlich alle wichtigen Ereignisse in Ebersberg: Geburtenzahlen, die Zahl der eingereichten Baupläne, die Entwicklung Ebersbergs als Fremdenverkehrsort und der Unterricht der Kinder in zwei Schichten. Schurer setzt sich dafür ein, dass in „absehbarer Zeit“ eine Bürgerversammlung abgehalten wird und setzt sich für den Bau von Gehwegen entlang der Bundesstraße ein, wo Fußgänger aus dem Ebersberger Westen und den angrenzenden Dörfern die Straßen mit dem zunehmenden Verkehr teilen müssen.

In den Kirchen wird „Ein Wort an die Katholiken zu den Kommunalwahlen 1960“ mit dem Titel „Sozialist oder Christ“ verlesen. Darin appelliert die Geistlichkeit auf der Kanzel an die Bürger, zur Wahl zu gehen. Gleichzeitig warnt der Brief die Katholiken vor einer falschen Wahlentscheidung: „Und auch in seinem neuen Grundsatzprogramm hat sich der deutsche Sozialismus unter Missachtung von Gewissensentscheidung und Elternrecht ausdrücklich gegen die Bekenntnis- und für die von der Kirche abgelehnte Gemeinschaftsschule ausgesprochen. (...) Denken wir schließlich auch daran, wie gerne unsere unter kommunistischer Zwangsherrschaft lebenden Brüder und Schwestern frei wählen würden, wenn sie dürften!“

Der politische Konkurrent wiederum kritisiert Brandts Rolle und den Widerstand gegen das Hitler-Regime im Exil zwischen 1933 und 1945. Franz Josef Strauß lässt sich während des Wahlkampfes 1961 zu den Worten hinreißen: „Eines wird man Herrn Brandt fragen dürfen: Was haben Sie zwölf Jahre lang draußen gemacht? Wir wissen, was wir drinnen gemacht haben.“

*Handwritten notes by Bob Schurer:*  
Geburtenzahl 1961  
31.12.61 4685  
31.12.60 4506 } Zunahme seit 1957  
Schule 400 Kinder  
44 Eoog. zur Realschule  
25000 f. Schulgelder  
613 000,- Erweiterungsbau f. Schule  
Bau- u. Wapungswesen  
157 Baupläne  
18 Wohnhäuser, 157 Wohn.  
Rathausumbau 20000,-  
Vom f. Jahrzehnte räumlich gut untergebracht  
Baugebiet Südwest (Wildwest Stadträte)  
57 Verbrüderungen  
Wasserversorgung/  
Ritzendorf Versorgung d. Marktgemeinden  
1961 357 535 € bzw } Wasserversorgung  
1960 295 000 „  
15793,- Stromkosten (Kommunalz)  
5737 Arbeitsstunden

Auszug aus den handschriftlichen Notizen von Bob Schurer 1961



Das Wort der Bischöfe an die Katholiken, verlesen in den Gottesdiensten vor den Kommunalwahlen 1960

**Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen!**  
Die „Ebersberger Zeitung“ brachte in ihrer Ausgabe vom 12. März eine **entstellte Wiedergabe** meiner kurzen Ansprache bei der Filmvorführung am 10. März beim „Oberwirt“. Ich sagte u. a. daß ich als Bürgermeister dankbar bin für jede freiwillige Mitarbeit von Bürgern unserer Stadt an allen Aufgaben und daß ich eine derart freiwillige Mitarbeit besonders schätze und solchen guten Bürgern besonders dankbar bin. Diese meine Einstellung habe ich bei vielen Gelegenheiten in dieser oder jener Form zum Ausdruck gebracht.  
Daß ich für alle Bürger Ebersbergs da bin, daß ich gerade für die sozial Schwächeren mich zu jeder Zeit und in allen Belangen eingesetzt habe, dafür ist das Ergebnis meiner Arbeit in fast 10 Jahren meiner Amtsführung der beste Beweis.  
Diese Tatsache ist mir gerade auch von den Mitgliedern der SPD im Stadtrat Schurer, Mittermeier, Kurzak, Weber-Koxer und vielen anderen bestätigt worden.  
Es ist auch **meine Überzeugung, daß die zahllosen Bewohner von Sozialwohnungen in Ebersberg meine Fürsorge anerkennen.**  
Wenn im SPD-Ortsverein von einigen Mitgliedern bereits früher die Aufforderung erfolgt ist, mich als Bürgermeister zu streichen, dann hätte man das in fairer Weise dadurch tun können, daß man mir einen Gegenkandidaten gegenübergestellt hätte.  
Wenn man jetzt mit Verdrehungen und mit Heckenstrümpfmethoden, meine Arbeit un-meine Denkmalsweise zu diffamieren versucht so möchte ich eine solche Komplexweise lieber hängen.  
Die Gesamteinwohnerschaft unserer Stadt, die meine Arbeit und meine Denkungsweise in den letzten 10 Jahren miterlebt und mitgesehen hat, sie ist, bei der Wahl am Sonntag die entsprechende Antwort zu geben.  
Ferdinand Lehnert  
Wählt Liste 1

Öffentlicher Brief von Bürgermeister Ferdinand Lehnert an die Ebersberger Bürger, in dem er zu den Vorwürfen aus der SPD Stellung bezieht.

## Die Partei gewinnt ein neues Selbstbewusstsein

In der Kreisstadt Ebersberg leben nun 5.975 Einwohner, die Stadt hat ihre Bevölkerungszahl seit 1900 verdoppelt. Vier große Projekte beschäftigt die Stadträte: der Mittelschulbau südlich der B 304, der Bau der Kläranlage, die Errichtung von Gehwegen und das neue Baugebiet „Süd-West“. Letzteres wird Ebersberg so sehr verändern, wie kein anderes Bauprojekt. Entsprechend diskutiert man im Stadtrat die unterschiedlichen Positionen. Anton Weininger (CSU) stellt kritische Überlegungen an, ob die „Punkthäuser“ Ebersberg nicht einen „großstädtischen Charakter“ geben könnten, Manfred Bergmeister (CSU) kritisiert, man habe nun so viel Geld ausgegeben, ohne billige Wohnungen für sozial schwache Menschen zu erhalten. Bürgermeister Lehnert nimmt die Perspektive der Bauträger ein und sagt, man müsse deren wirtschaftliche Sicht im Auge behalten. Bob Schurer sorgt dafür, dass die Debatte über den Mittelschulbau in eine öffentliche Sitzung kommt. (Ebersberger Zeitung 11./12. April 1964)

1965: Die Zahl der SPD-Mitglieder steigt innerhalb von fünf Jahren auf 42. Unter den Neuzugängen ist Sepp Geislinger, der die Geschichte des Ortsvereins in den folgenden 20 Jahre entscheidend prägen wird. Der Bundestagsabgeordneter des Wahlbezirks, Hermann Haage, kündigt an, beim 50. Mitglied werde er ein 50-Liter-Fassl Bier spendieren.

Der Ortsverein der SPD kann bei der Stadtratswahl 10 Prozent hinzugewinnen. Zur Bundestagswahl 1969 erreicht die Ebersberger SPD mit 38,3 %, wohl das beste Ergebnis in ihrer Geschichte. Auch in Bayern gewinnt die SPD dazu, wird nun zweitstärkste Kraft und löst die Bayernpartei (BP) ab. Letztere muss seit 1949 Stimmenverluste hinnehmen und spielt nach 1961 keine Rolle mehr.

**Gehsteigbau Ebersberg-West bewegt die Gemüter**  
Sebastian Schurer: Problem kann nicht noch Jahre hinausgeschoben werden  
Ebersberg. Zu einem politischen Früh-schoppen hatte der SPD-Ortsverein Ebersberg eingeladen. Dabei stellte die Vorstandschefin den Mitgliedern ihren Bürgermeisterkandidaten Sebastian Schurer vor. Schurer sprach gleich das Problem „Gehsteigbau Ebersberg-West“ an. Die Interessengemeinschaft Gehsteigbau West hatte sich mit einem Schreiben am 1. Dezember an Schurer gewandt und gebeten, diese Angelegenheit zu regeln. Seit Jahren würden sich die Bewohner von Altköfen sowie Anlieger der B 304 um einen Gehsteig entlang der Bundesstraße vom Krankenhaus bis Altköfen bemühen, bisher sei aber immer noch nichts geschehen.  
Schurer stellte dazu fest, daß er dieses Problem nur aus der Arbeit in den Sitzungen kenne. Von der Verwaltung und dem Bürgermeister habe er nur allgemeine Auskünfte erhalten. Die Fraktion habe jedoch nichts davon gewußt, daß schon am 12. Dezember 1968 das Straßenbauamt Rosenheim dazu eine positive Stellungnahme abgegeben habe. Die SPD-Fraktion habe auch nichts von der Stellungnahme der Stadt erfahren, die zu erkennen gegeben habe, daß sie am Ausbau der Straße und des Gehsteiges höchst interessiert sei und das Straßenbauamt immer wieder bitten werde, den Ausbau so bald als möglich in Angriff zu nehmen. Dieser Gehsteigbau sei bisher lediglich an der Übernahme der Kosten durch die Stadt gescheitert. Er selbst werde sich jedenfalls bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für 1972 darum bemühen, daß die erforderlichen Mittel im Haushaltsplan eingesetzt und dann auch bereitgestellt würden, denn er halte es für unannehmbar, dieses wichtige Problem immer weiter vor sich herzuschieben.  
Der Leiter der Diskussion Sepp Geislinger behandelte die Frage des Bürgermeisterkandidaten. Er bedauerte es, daß es der CSU nicht gelungen sei, einen Bürgermeisterkandidaten aus der Ebersberger Bürgerschaft aufzustellen. Der künftige Bürgermeister sowie die neuen Stadträte würden so viele Aufgaben zu bewältigen haben, daß es gut sei, wenn sie mit den anstehenden Problemen vertraut wären. Landtagsabgeordneter Rudi Adametz sprach anschließend noch über Fragen der Bundes- und Landespolitik und ging schließlich noch auf verschiedene kommunalpolitische Probleme ein.  
H. N.



Der Gehwegebau wird in Ebersberg zum zentralen Thema, hier ein Pressebericht aus 1971

Mit dem Baugebiet Südwest entsteht ein neuer Stadtteil, der annähernd die gleiche Fläche umfasst wie der Rest des Stadtgebietes.

## Ein Protonenbeschleuniger im Ebersberger Forst und Bayerns erste Bürgerinitiative

Sorge macht der SPD die Dominanz der CSU: Raumplanung des Ebersberger Forstes, Entwicklung der Landwirtschaft und eine neue Kulturpolitik der CSU-Doppelspitze Alfons Goppel und Franz Josef Strauß.

Ein Journalist bei der Ebersberger Zeitung deckt 1964 den geheimen Plan der bayerischen Regierung auf, im Ebersberger Forst den „weltgrößten Protonenbeschleuniger“ zu bauen. Rudi Adametz (SPD) stellt im Dezember 1964 im Kreistag die Frage nach den Vorhaben im Forst. Landrat Remigius Streibl beschwichtigt, es gäbe keine Pläne. Wie später bekannt wird, ist Streibl vom Vorhaben der Regierung informiert gewesen.

In Ebersberg formiert sich gegen dieses Vorhaben Widerstand aus allen gesellschaftlichen Gruppen. Es wird die „Schutzgemeinschaft Ebersberger Forst“ gegründet, Bayerns erste Bürgerinitiative gegen ein politisch motiviertes Großprojekt.

## 50 Jahre SPD in Ebersberg

Bob Schurer gelingt es, dem SPD Ortsverein zu Ansehen zu verhelfen. Im März 1966 wird das 100. Mitglied im Ortsverein begrüßt, im September sind es bereits 125. Es sind nun nicht mehr nur Arbeiter, die sich in der SPD zu Hause fühlen. Mehr als die Hälfte der Mitglieder sind zu diesem Zeitpunkt Angestellte, Beamte, Freiberufler und Landwirte. So kann der Ortsvorsitzende Bob Schurer 1969 mit seinen Genossen mit Stolz das 50-jährige Jubiläum feiern.

Die kommunale Arbeit ist nun geprägt von gravierenden Veränderungen. Vor der Kirche entsteht der Stadtgarten, in der Baldestraße wird eine neue Volksschule gebaut. Die städtische Wasserversorgung aus dem Forst kommt an seine Grenzen und muss erweitert werden. Gleichzeitig kämpft man gegen Abwasser, das in vielen Häusern regelmäßig für unangenehme Überraschungen sorgt. Und es ist das Jahrzehnt des Straßen- und Gehsteigbaus: Marktplatz, Rosenheimer Straße, Eberhardstraße, Heinrich Vogelstraße: zwischen Autofahrern und Fußgängern gibt es nun eine Bordsteinkante. Die Probleme mit dem Autoverkehr werden für die nächsten 50 Jahre zum bestimmenden und nicht aufzulösenden Thema in der Stadt. Bürgermeister Lehnert klagt 1968: „Kein Mensch will mehr zu Fuß gehen.“



SPD-Stadtratsfraktion 1966, von links: Joseph Philip, Walter Watzl, Fritz Scheuer, Erika Schienagl, Sepp Geislinger, Bob Schurer



50-jähriges Jubiläum der SPD, Redner ist der Ortsvorsitzende Bob (Sebastian) Schurer



Der Verkehr wird in den 1960er Jahren zum zentralen Thema und bleibt es bis heute



Willy Brandt, 1962 stellvertretender Parteivorsitzender der Bundes-SPD; Regierender Bürgermeister Berlins und späterer Bundeskanzler (1969 bis 1974) vermutlich mit Otto Freiherr von Feury (Mdl und Präsident des Bayer. Bauernverbandes)

## Rückenwind aus Bonn

Der SPD Ortsverein bekommt aus dem Bund Rückenwind. Mit dem Godesberger Programm (1959) findet in der SPD ein fundamentaler Richtungswechsel statt. Die Partei wendet sich gegen die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Man bindet die sozialistische Tradition, die christlichen Ethik, den Humanismus und die klassische Philosophie ein. In der Wirtschaftsordnung postuliert die SPD die ausgewogene Haltung „Wettbewerb so weit wie möglich, Planung so weit wie nötig“. Im Konflikt zwischen Ost und West setzt die Partei auf den „Wandel durch Annäherung“. Man lässt die marxistische Ideologie hinter sich und wird zur Volkspartei. Willy Brandt ist Regierender Bürgermeister Berlins als er 1962 der Stadt Ebersberg einen Besuch abstattet. 1961 war er erstmals als Kanzlerkandidat an der Spitze der Bundes-SPD gestanden.

Die SPD übernimmt 1966 wieder eine Regierungsverantwortung, nachdem die schwarz-gelbe Koalition in Bonn scheitert. Im Dezember 1966 wird die Große Koalition geschlossen, mit Brandt als Außenminister. Innerhalb der SPD ist die Große Koalition unbeliebt. Erboste Jungsozialisten gehen auf die Straße und verschaffen sich gewaltsam einen Zugang zur Bonner SPD-Baracke. Es hagelt in der Parteizentrale Protesttelegramme.

1969 wird Willy Brandt zum vierten deutschen Bundeskanzler gewählt. Er spricht den legendären Satz: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ Das gefällt den Leuten. Brandt kann die Menschen begeistern und die SPD steigert sich in den Bundestagswahlen von 36,2 % (1961) auf 45,8 % (1972), übrigens bis heute das beste Ergebnis.

*„Wo die Zivilcourage keine Heimat hat, reicht die Freiheit nicht weit.“*

Willy Brandt

## Willy Brandt

Der junge Berliner Abgeordnete Willy Brandt gilt als links, innovativ und intellektuell, und doch er wendet sich deutlich gegen den Kommunismus der Sowjetrepublik, als er 1949 in einer Rede die Massenverfolgungen in der Sowjetzone kritisiert.

Brandt wird als Herbert Ernst Karl Frahm 1913 unehelich geboren. Seine familiären Verhältnisse bezeichnet er später als schwierig. 1929 schließt sich Frahm der Sozialistischen Arbeiter-Jugend an, ein Jahr später tritt er der SPD bei. 1933 emigriert er, nimmt die Decknamen „Willy Brandt“ und „Gunnar Gaasland“ an. 1938 wird Frahm alias Brandt, alias Gaasland, ausgebürgert und verliert die deutsche Staatszugehörigkeit. Er wird Norweger und befasst sich im Exil gemeinsam mit anderen sozialdemokratischen Mitstreitern mit den „Friedenszielen der demokratischen Sozialisten“. Nach 1945 kehrt er nach Deutschland zurück und berichtet als Korrespondent skandinavischer Zeitungen über die Kriegsverbrecherprozesse in Nürnberg.

Seine große politische Karriere beginnt Brandt 1955 als Regierender Bürgermeister. Er reagiert besonnen während einer anti-sowjetischen Demonstration und tritt entschlossen während der Berlinkrise und beim Mauerbau auf. Damit kann er die Berliner für sich gewinnen. 1959 wird er als Abgeordneter in den Bundestag gewählt. 1962 tritt er erstmals als Bundeskanzlerkandidat an.

Die Person Willy Brandt wird konträr diskutiert. Politiker der konservativen Parteien denunzieren ihn bis in die 1980er Jahre hinein wegen seiner Haltung zwischen 1933 und 1945 als „Vaterlandsverräter“. Seine Anhänger hingegen verehren ihn. Willy Brandt wird zu einem Zeichen des Aufbruchs. Für viele Menschen ist er die Motivation, in die SPD einzutreten.

Unter seiner Regierungszeit als Bundeskanzler (1969–1972) bekommt die Ostpolitik eine neue Qualität und er wird zum Wegbereiter für die spätere Wiedervereinigung. 1972 stellt Brandt die Vertrauensfrage, der Bundestag wird daraufhin aufgelöst. Der folgende Wahlkampf wird zu einem der intensivsten in der Geschichte der Bundesrepublik. 91% der Wähler gehen zur Urne. Die SPD erhält ihr bestes Wahlergebnis. Keine zwei Jahre später teilt Willy Brandt den Spitzenpolitikern der SPD seine Entscheidung mit, als Bundeskanzler zurückzutreten. Anlass ist die Enttarnung eines seiner engsten Mitarbeiter als DDR-Spion: Günther Guillaume.

Willy Brandt stirbt am 8. Oktober 1992. Er durfte noch erleben, was seine Versöhnungspolitik bewirkt hat. Sein Kommentar am Tag nach der Maueröffnung wird zu einem seiner bekanntesten Zitate: „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört.“

*„Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert.“*

Willy Brandt 1969



Willy Brandt, 1962 stellvertretender Parteivorsitzender der Bundes-SPD; Regierender Bürgermeister Berlins und späterer Bundeskanzler (1969 bis 1974)



Bürgermeisterkandidat Bob Schurer, 1972

## Sebastian (Bob) Schurer

### Gemeinderat, Ortsvorsitzender und 2. Bürgermeister

Sebastian (Bob) Schurers Lebensgeschichte ist eng verbunden mit dem Leben seines Vaters: Er wird (nach seiner Ausbildung bei der Landkrankenkasse in Grafing), wie auch schon sein Vater, Mitarbeiter der Ortskrankenkasse Ebersberg. Er gehört zu den wichtigsten Personen des SPD-Ortsvereins. Auch er ist Kriegsteilnehmer und kehrt traumatisiert zurück, nach fünf Jahren Kriegseinsatz und zwei Jahren in russischer Gefangenschaft. Am 9. Dezember 1946, nach seiner Entlassung aus der Gefangenschaft, verlässt Bob Schurer mit einem Transport die Ukraine. Am 23. Dezember 1946 trifft er in Ebersberg ein. Das Verderben hat 1936 mit dem Reichsarbeitsdienst begonnen und endet mit der körperlichen Rekonvaleszenzzeit im Sanatorium in Oberelkofen. Die seelischen Beschädigungen durch den Krieg werden ihn aber ein Leben lang begleiten.

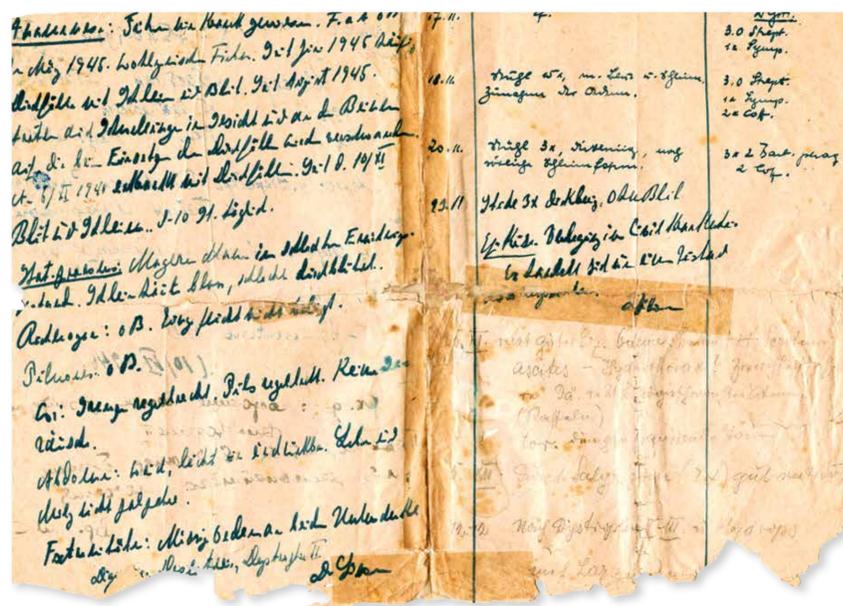
Bob Schurer wird am 2. August 1916 geboren. Sein Leben ist früh geprägt von der Politik und sein Wirken ist Teil einer lokalen Politikerdynastie über drei Generationen: Vater Sebastian Schurer gründet den SPD-Ortsverein. Sebastian Schurer, den alle nur „Bob“ nennen, wird in den 1960er und 1970er Jahren erfolgreicher SPD-Ortsvorsitzender. Auch seine Söhne folgen der Familientradition. Robert wird 27 Jahre dem Gemeinderat angehören, Ewald wird insgesamt 17 Jahre für die SPD im Bundestag sitzen.

Schurer wird erstmals 1960 in den Stadtrat gewählt. Bei der Wiederwahl 1966 kann er die höchste Stimmenzahl auf sich vereinen. 1972 kandidiert er als Bürgermeister. Er hat als populärer SPD-Politiker, erfolgreicher SPD-Vorsitzender und beliebter Ebersberger gute Aussichten, die Wahl zu gewinnen, nachdem sein Kontrahent, der CSU-Vorsitzende Anton Weininger, tragischerweise auf offener Straße einem Herztod erliegt. Mit nur 179 Stimmen Unterschied unterliegt Bob Schurer dann aber dem Kandidaten, den die CSU kurzfristig aufgestellt hatte: Hans Vollhardt. Danach bekleidet Schurer 6 Jahre lang das Amt des 2. Bürgermeisters. 1978 verlässt er den Stadtrat.

Schurer bleibt seinen Zeitgenossen als akkurater, unbestechlicher und hilfsbereiter Politiker in Erinnerung. Sein Herz gehört den „kleinen Leuten“. Ein Teil seines politischen und sozialen Wirkens findet übrigens zu Hause statt. In der Küche seines Hauses im Richardisweg geben sich die Besucher buchstäblich die Tür in die Hand. Bob Schurer stirbt 1986.



Bob Schurer führt Mitglieder des Deutschen Alpenvereins durch den historischen Sitzungssaal des Rathauses Ebersberg



Das handschriftliche Dokument dokumentiert den körperlichen Zustand von Bob Schurer während der Gefangenschaft

## Volkmar Gabert

Volkmar Gabert ist bereits in der Arbeiterjugend aktiv, als er 1938 mit seinen Eltern nach Großbritannien emigriert. Dort setzt er seine Arbeit im Exilvorstand sudetendeutscher Sozialdemokraten fort. 1945 kommt er nach Bayern und engagiert sich hier für Heimatvertriebene. Unter seiner Führung erzielt der SPD-Landesverband bei der Landtagswahl 1966 das beste Ergebnis der Nachkriegszeit (35,8%). Gabert ist 29 Jahre lang Abgeordneter im Bayerischen Landtag und nach 1979 für 5 Jahre Mitglied im Europaparlament. Volkmar Gabert stirbt 2003 in Unterhaching.



Volkmar Gabert, von 1962 bis 1976 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag, von 1963 bis 1971 bayerischer Landesvorsitzender. Gabert stattet 1972 Ebersberg einen Besuch ab, auf dem Bild von links: Volkmar Gabert, Rudi Adamatz, Hans-Jochen Vogel



Hans-Jochen Vogel während einer Ansprache in Ebersberg



Mit Hans-Jochen Vogel auf dem Podium (von links): Hans-Jörg Stenzer, Peter Dingler, Sepp Geislinger, Norbert Kufner, Ewald Schurer, Doris Moritz, Magda Bauer, Werner Lohmar

## Hans-Jochen Vogel

Kaum ein SPD-Politiker hat die deutsche Nachkriegszeit so stark geprägt, wie Hans-Jochen Vogel: Oberbürgermeister von München (1960 – 1972), Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1972–1974), Bundesminister der Justiz (1974 – 1981), Regierender Bürgermeister von Berlin und Parteivorsitzender der SPD (1983 – 1991). Vogels Reden waren nicht nur zahlreich, sie waren auch rhetorisch exzellent. Er, der Vertreter der pragmatischen Position (im Seeheimer Kreis), lehnte ideologische Monopole und absolute Wahrheitsansprüche ab und scheute in diesem Punkt nicht die Auseinandersetzung mit anderen Positionen in seiner Partei.

Auch im hohen Alter befasst sich Hans-Jochen Vogel gedanklich mit Bodenpolitik und sozialem Wohnungsbau und mit den neuen politischen Herausforderungen. Zum 150-jährigen Jubiläum der SPD appelliert er, weiterhin für die Kernwerte der Partei zu stehen: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Einsatz für die Schwächeren. Gefahr erkennt er in einem Markt, der sich mittlerweile als letzte Instanz für alle gesellschaftlichen Entscheidungen etabliert hat. Hans-Jochen Vogel ist mehrmals in Ebersberg zu Besuch, einmal 1972 und einmal 1983 zum Bundeswahlkampf.

*„Man muss von Politikern erwarten können, dass Wort und Tat übereinstimmen.“*

Hans-Jochen Vogel

# 1970–1980



Kandidaten der SPD zur Kommunalwahl 1978



von links: Sepp Geislinger, Friedhelm Haenisch (Kandidat für das Amt des Landrats)



SPD-Stadtratkandidaten zur Kommunalwahl 1972



Die Kreistagsfraktion der SPD 1978, mit den Ebersbergern Sepp Geislinger, Erika Schienagl und Bob Schurer

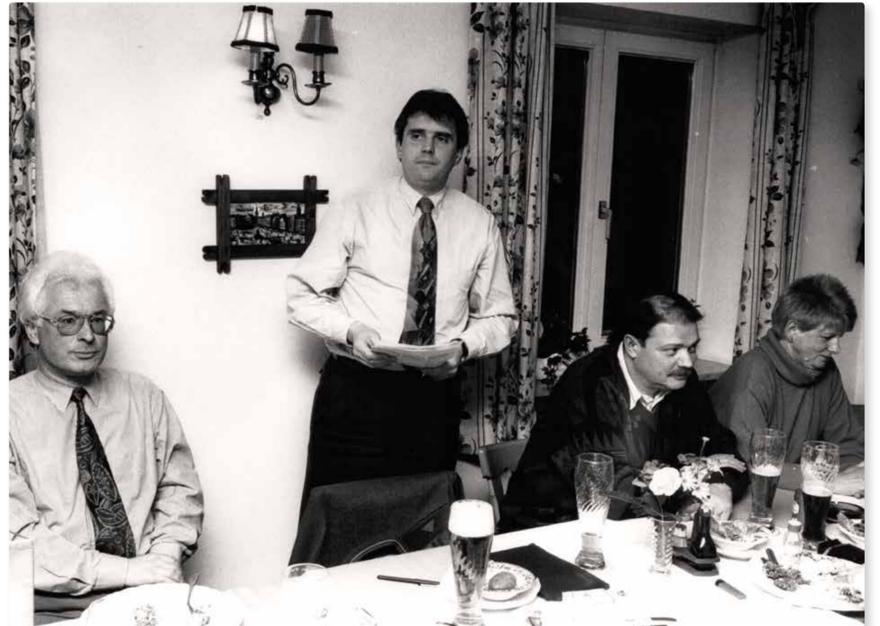
# 1980 – 1990

Ebersberg

SPD



Nominierung der Stadtratskandidaten 1983, von links: Horst Mette, Ewald Schurer (Bürgermeisterkandidat), Magda Bauer, Sepp Geislinger, Robert Schurer, Josef Schenk



Politischer Aschermittwoch in der Alten Post in Ebersberg, von links: Reinhard August, Ewald Schurer, Norbert und Hannelore Kupferroth



Gerd Gietl erklärt dem SPD-Kreisvorstand die neue Computertechnologie, 1989



Bärbel Narnhammer, Peter Dinger, Hans Apel (SPD-Bundestagsabgeordneter und Bundesminister der Verteidigung 1978-1982), Otto Freiherr von Feury, 1990

# 1990 – 2000

Ebersberg

SPD



Hans Mühlfenzl (Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Ebersberg) ehrt Inge Pletzer für ihre langjährige Mitgliedschaft in der SPD



von links: Hans Mühlfenzl, Fritz Schösser (DGB-Landesvorsitzender), Reinhard August und Werner Lohmar SPD Grafing



Ehrung für 40-jährige Mitgliedschaft, von links: Bärbel Narnhammer, Sepp Geislinger, Hans-Jörg Stenzer, Reinhard August (SPD-Ortsvereinsvorsitzender)

# 2000 – 2010



Die 70-Jahr-Feier des SPD-Ortsvereins Ebersberg ist gleichzeitig die Nominierungsveranstaltung der ersten weiblichen Bürgermeisterkandidatin, Elisabeth Platzer, die zur Kommunalwahl 2000 ins Rennen geht, mit am Tisch: Robert Schurer, Hans Mühlfenzl und Fritz Schösser



Otto Schily zu Besuch in Ebersberg, 2005



Nominierung von Ewald Schurer zum Bundestagsabgeordneten, mit Peter Dingler und Bärbel Narnhammer

## Verleihung des Roten Ebers



Die SPD-Landtagsabgeordnete Doris Rauscher übergibt an die Ehrenamtlichen des Fördervereins Waldsportpark den Roten Eber für besondere Verdienste im Ehrenamt, unter anderem für die Pflege der Langlaufloipen rund um Ebersberg, 2013



Den Roten Eber 2015 erhält der Helferkreis Asyl

## Spendenaktionen



Die SPD spendet den Erlös des Nachflohmarkts an die Kinder der Ebersberger Feuerwehr, 2009



Den Erlös aus dem Radflohmarkt 2010 erhalten Jugendliche des Rollsport e. V. Ebersberg



Angela Warg-Portenlänger, Doris Rauscher und Helmut Fink übergeben an Peter Hölzer den Erlös des Nachflohmarkts als Spende für die Mittagsbetreuung, 2012



Mitglieder der SPD Ebersberg überreichen dem Helferkreis Asyl Ebersberg den Erlös aus dem Nachflohmarkt als Spende, 2016



Der Erlös aus dem Nachflohmarkt 2017 geht als Spende an die Wasserwachtjugend

# 2010 – 2019

Ebersberg

SPD

## Wahlkampf



Der Vorsitzende des SPD Ortsvereins Ebersberg, Dirk Schött, während der Wahlkampfarena 2017



Dirk Schött (Vorsitzender des SPD Ebersberg),  
Doris Rauscher (MdL),  
Albert Hingerl (Bürgermeister Poing, SPD-Fraktionssprecher im Kreistag, Kreisrat),  
Angelika Scheidel

## Geselliges & Politisches



Der SPD-Vorsitzende Dirk Schött begrüßt das neue Parteimitglied, Klaus Wintermann



Ehrung von langjährigen SPD-Mitgliedern, auf dem Bild: Hans Mühlfnzl, Reinhard Gradek, Elisabeth Platzer, Ruth Löb, Reinhard August, Brigitte Schurer



Mitglieder der SPD Ebersberg bei der Demo Bunt statt Braun, von links: Mary Mascher, Margit Mitterer, Ulli Proske, Christoph Münch, Jennifer Fritz, Micheala Mellinger, Elisabeth Platzer, Daniela Schurer, Traudl und Hans Mühlfnzl, Corinna Schött, Brigitte Schurer



SPD-Mitglieder beim Weihnachtsspaziergang 2014

# 1972 – 1978



## Jungsozialisten (Jusos): gut für Innovationen

Berlin 1904: ein 16-jähriger Lehrling nimmt sich nach schweren Schikanen durch seinen Meister das Leben. Der Tod des Schlosserlehrlings Paul Nehring bringt eine Lawine ins Rollen. Junge Arbeiterinnen und Arbeiter gründen am 10. Oktober 1904 trotz Verbotes den ersten Arbeiterjugendverein (die Vorläuferorganisation der Jusos).

Zwischen 1918 und 1920 bilden sich Gruppen von 20 bis 25 Jahre alten Sozialdemokraten. Auf der einen Seite sind es marxistisch geprägte, linke Anhänger der Partei, auf der anderen Seite national gesinnte junge Menschen, die dem Hofgeismarer Kreis nahestehen.

Bei der SPD-Neugründung nach 1945 richtet die Partei die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD ein. Noch ist die Jugendorganisation eine „lammfromme“ Parteigliederung. Unter den Eindrücken der 1968-er-Bewegung aber formieren sich laute Proteste und Rauflost. Es kommt zum Linksruck. Juso-Mitglieder scheuen seitdem nicht die Konfrontation mit der Mutterpartei und üben einen beachtlichen Einfluss auf die Parteientwicklung aus, auch jenseits des Mainstreams.

## Generationswechsel in Ebersberg

Im Ebersberger SPD-Ortsverein provozieren die Jusos 1978 den Generationswechsel, der bei den Alten nicht ohne Verletzungen und Enttäuschungen abläuft. Der 20-jährige Robert Schurer wird mit einem sensationellen Ergebnis in den Stadtrat gewählt. Sein älterer Bruder Ewald zwingt den bisherigen Ortsvereinsvorsitzenden Sepp Geislinger in eine Wahl mit Gegenkandidaten, die der 24-jährige Ewald Schurer gewinnt. Damit rücken Verantwortungsträger nach vorne, die über Jahrzehnte die sozialdemokratische Politik in Ebersberg und auch im Bund gestalten.

An der vielzitierten „Schnittstelle zum vopolitischen Raum“ entfalten die Jusos ihre größte Wirksamkeit nach außen: Jugendzentrum, alternative Kulturarbeit, Abenteuerspielplatz. Ewald und Robert Schurer engagieren sich viele Jahre als Sprecher der Aktion Jugendzentrum. Die emanzipatorische Bewegung junger SPD-Mitglieder reicht weit über die Partei hinaus.

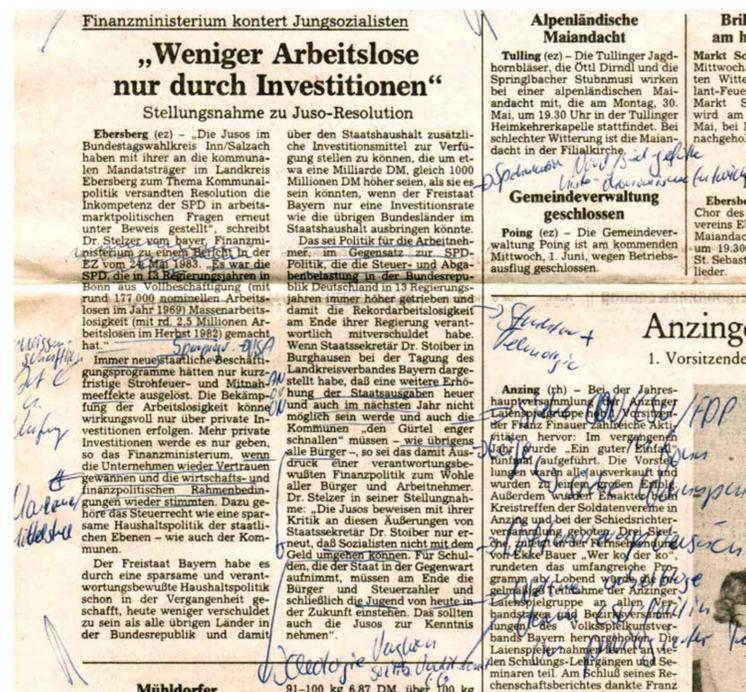
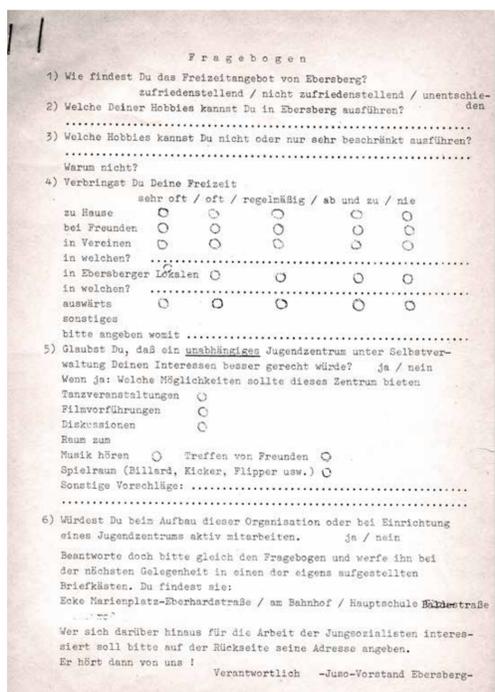
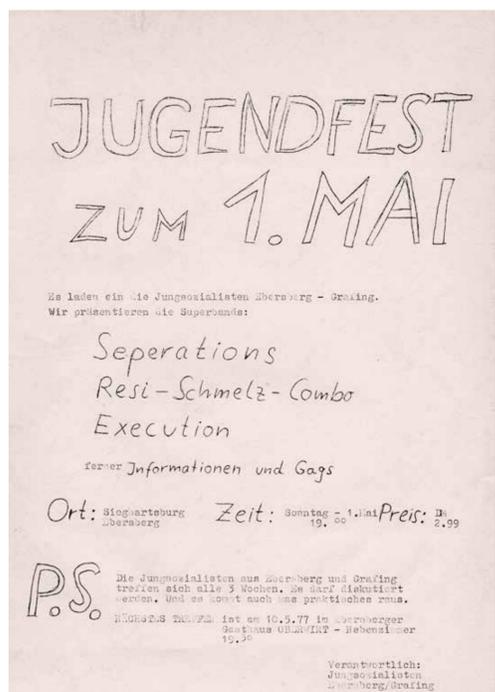
## 45 Jahre: Jugend unter Selbstverwaltung

„33% der Ebersberger Bürger sind unter 21 Jahren.“ Mit diesem Satz verschafft sich in Ebersberg 1973 eine neue Generation Gehör. Jugendarbeit in den örtlichen Vereinen halten sie nicht für ausreichend, da diese Vereine „in ihren hierarchischen Gliederungen keine offenen und freien Begegnungsstätten sind“. Die Forderung der Jugendlichen: eine politisch und weltanschaulich unabhängige Einrichtung, das selbstverwaltete Jugendzentrum. Urheber des Gedankens sind Wolf Weber, Angelika Wittmann, Ortwin Huber, Sebastian Schurer (3. Generation), seine beiden Brüder Ewald und Robert, Gerhard Fladerer, Ulli Bairl, Dagmar und Hermann Artmaier. Sie verfassen einen Fragebogen und laden zu einem ersten Treffen am 11. April 1973 in das Gasthaus Oberwirt ein. Gleichzeitig gründen sie die „Aktion Jugendzentrum (AJZ)“.

Ein Pop-Fest lockt 500 Jugendliche an, Beweis genug für die Notwendigkeit einer neuen und zeitgemäßen Jugendarbeit, glauben die Initiatoren des AJZ. Danach folgt ein zähes Ringen über passende Räume und die Finanzierung. Die Akteure sehen sich auch dem Gegenwind durch konservative Stadträte ausgesetzt, doch sie scheuen keine Konfrontation. Schließlich kommt das Thema auf die Agenda des Stadtrates. Die Jugendlichen legen ein schriftliches Konzept vor: zur inneren Struktur, zur Finanzierung und zu den Schnittstellen eines Trägerkomitees zwischen Stadt, AJZ-Rat und Sozialarbeiter, Schlichtungsausschuss inklusive. Letztlich unterstützt Bürgermeister Vollhardt die Jusos in ihren Plänen. Es entsteht die erste selbstverwaltete Jugendeinrichtung in Bayern.

Die Stadt überlässt der Initiative im Sommer 1974 Räume im Keller der Volksschule in der Floßmannstraße. 1977 wird ein Verein gegründet, die Jugendlichen können nun die Trägerschaft der Einrichtung selbst übernehmen. Nach über 25 Jahren des Kellerdaseins geht endlich der Wunsch der Gründer in Erfüllung. Das AJZ erhält für seine Jugendarbeit 2002 ein eigenes Haus in der Dr.-Wintrich-Straße.

Die Jugendlichen von einst wurden Journalisten, Juristen, Bundestagsabgeordnete, Jugendpfleger oder engagieren sich viele Jahre ehrenamtlich in der Politik. Sie stehen heute, 45 Jahre später, an der Schwelle zum Rentenalter, während das AJZ immer noch junge Menschen anlockt.



Diese Einladung der Jungsozialisten aus Ebersberg und Grafing lockt am 1. Mai 1977 etwa 150 Jugendliche in die Sieghartsburg

Fragebogen der Jusos, mit dem sie bei Ebersberger Jugendlichen den Bedarf einer freien Jugendfreizeiteinrichtung ermitteln, 1973

Pressebericht über CSU-Kritik an einer Juso-Resolution im Bundestagswahlkreis Inn/Salzach mit handschriftlichen Notizen von Ewald Schurer

## Ewald Schurer – Abgeordneter des Bundestages

Die SPD ist seit 1972 Ewald Schurers politische Heimat. Das politische Engagement ist ihm sozusagen in die Wiege gelegt: Großvater Sebastian Schurer sen. gründet den SPD-Ortsverein Ebersberg, Vater Sebastian Schurer jun. führt die Ebersberger SPD in die erfolgreichste Epoche. Bruder Robert wird als jüngstes Mitglied in den Stadtrat gewählt.

Ewald Schurers Weg ist ein erfolgreicher und leidenschaftlicher. Seine Laufbahn beginnt als Kämpfer für ein autonomes Jugendzentrum und setzt sich 1978 fort als streitbarer Jungsozialist, der dem älteren SPD-Ortsvorsitzenden und Dritten Bürgermeister Sepp Geislinger die Stirn zeigt und ihm das Amt als Vorsitzender streitig macht. 1984 kandidiert Schurer für das Amt des Bürgermeisters. Später wird er Vorsitzender des SPD-Bezirks Oberbayern und stellvertretender SPD-Landesvorsitzender. 1998 zieht er in den Deutschen Bundestag ein und wird nach einer dreijährigen Pause 2005 erneut in den Bundestag gewählt. Er bleibt in Berlin Abgeordneter der SPD-Fraktion bis zu seinem plötzlichen Tod im Dezember 2017. Man trauert um Ewald Schurer, nicht nur in Ebersberg und in der Bayern SPD. Die Flaggen des Reichstages werden ihm zu Ehren am 12. Dezember 2017 auf Halbmast gesetzt.



Peter Dingler gratuliert zur Nominierung von Ewald Schurer als Bürgermeisterkandidat, daneben Harry Blöchl und Nikolaus Kűfner, 1984

## Robert Schurer – 27 Jahre Gemeinderatsmitglied und Bürgermeisterkandidat

Zur Kommunalwahl am 5. März 1978 nominiert der SPD-Ortsverein auf Platz 12 den knapp 20-jährigen Robert Schurer (Sohn von Sebastian Schurer). Er sorgt in dieser Wahl für eine Sensation, man wählt ihn ad hoc unter allen SPD-Kandidaten auf Rang 3. Unter den 20 Stadträten kann sich Robert Schurer über das neuntbeste Ergebnis freuen. In seinem Erfolg spiegelt sich eine neue Ära: Die junge Generation ist gegen die alte angetreten. 27 Jahre wird Schurer dem Stadtrat angehören.

1994 kandidiert Robert Schurer für das Amt des Bürgermeisters. „Einen Schritt voraus“, das ist sein Motto. Und tatsächlich skizziert er schon 1994 die Probleme der Zukunft, die uns heute, ein Viertel Jahrhundert später, drücken: Verkehrsmoloch, Flächenknappheit, Umweltprobleme, hohe Mieten. Sein Focus ist auf Kinder und Jugendliche gerichtet, auf Förderung des Sports, auf eine koordinierte Wirtschaftspolitik und auf eine bürger-nahe Verwaltung. Robert Schurer unterliegt in der Kommunalwahl seinem Kontrahenten Walter Brilmayer.



von links: Elisabeth Platzer, Bürgermeisterkandidat Robert Schurer, Fritz Schösser (1998–2005 für die SPD im Deutschen Bundestages) und Reinhard August, 1994



Die Presse berichtet über das jüngste Stadtratsmitglied, Robert Schurer, 1978

## Sepp Geislinger – Der königlich-bayerische Sozialdemokrat

Fast vier Jahrzehnte lang ist Sepp Geislinger das Gesicht der Ebersberger SPD. Er modernisiert (zusammen mit Bob Schurer) die Orts-SPD und sorgt dafür, dass die Sozialdemokraten auch für konservative Kreise wählbar werden. In Kommunalwahlen geht er häufig als SPD-Stimmenkönig hervor. Der Polizeiwachtmeister Geislinger, der in Ebersberg kurz „Goasse“ genannt wird, kommt 1951 nach Ebersberg, 1965 tritt er in die SPD ein, 1966 wird er in den Stadtrat gewählt. Dort bleibt er 35 Jahre, bis zu seinem Tod. Geislinger kandidiert 1978 für das Amt des Bürgermeisters. Er kann sich nicht gegen Hans Vollhardt durchsetzen, vertritt aber die Stadt Ebersberg erst als Dritter Bürgermeister, später als Zweiter Bürgermeister. Dass er im selben Jahr den Ortsvorsitz seiner SPD an Ewald Schurer abgeben muss, schmerzt ihn. Später aber entwickelt sich ein väterliches Verhältnis zwischen dem „honorigen Sepp“ und seinen „jungen wilden SPD-lern“. Sepp Geislinger stirbt 75-jährig 2001. Am Grab würdigen ihn seine politischen Kontrahenten als „gerechten und außergewöhnlichen Kämpfer“, der „das Gemeinwesen als Herzensangelegenheit verstanden hat“. Hans Mühlfenzl, der Ortsvorsitzende, bezeichnet ihn als „königlich-bayerischen Sozialdemokraten“, der den Genossen in der Kreisstadt stets ein Vorbild an „Ideenreichtum, Integrität und Einsatzbereitschaft“ gewesen sei.



Hermann Wimmer (links) und der Redner Sepp Geislinger (rechts) anlässlich des Besuchs von Horst Ehmke. Ehmke war Bundesminister der Justiz (1969), Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes (1969 bis 1972) sowie Bundesminister für Forschung und Technologie und Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen (72 bis 1974). Nach dem Ausscheiden aus dem Kabinett 1974 war er bis 1990 außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion



Bürgermeister Hans Vollhardt mit den beiden stellvertretenden Bürgermeistern der Stadt Ebersberg, Sepp Geislinger und Walter Brilmayer

## Globale Wendezeiten und ihre kommunalen Herausforderungen

Es gibt kaum einen Zeitraum, in dem die Arbeit der Orts-SPD in der kommunalen Presse breiter erörtert wird, als 1989 und 1990. Die Stimmung der breiten Öffentlichkeit wendet sich gegen die Kohlregierung und gegen CDU/CSU. Da sorgt der Mauerfall überraschend für eine neue Euphorie. Mit der Wiedervereinigung und der kommenden EU-Osterweiterung gerät Ebersberg ins geografische Zentrum Europas.

1990 bilden Ewald Schurer und Hans Mühlfenzl die SPD-Spitze. Schurer ist Ortsvorsitzender, Mühlfenzl Bürgermeisterkandidat. Die SPD zeigt sich unter ihrer Führung themenorientiert, programmatisch und angriffslos. Die strittigen Themen: Widerstand gegen die Stilllegung des Filzenexpresses, Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung; Personennahverkehr und regionaler Gesamtverkehrswegeplan, Kinderbetreuung, kommunale Jugendarbeit, Wohnen im Alter, Schutz der Lebensgrundlagen von Boden, Luft & Wasser, Abfallwirtschaft, Erhalt des Hallenbades und vor allem: der soziale Wohnungsbau. Die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat machen es der SPD schwer, ihre Positionen durchzusetzen. Und doch sind viele kommunale Errungenschaften auf die Initiative und das Engagement der SPD zurückzuführen.

## Flexibilisierung versus Gerechtigkeit

Auch die SPD muss in diesen Jahrzehnten Federn lassen, es gibt in Ebersberg Austritte und Unzufriedenheit. Die Empörung über die Bundes-SPD ist groß, die Themen sind vielfältig. 1981 wirft man dem Finanzminister Hans Matthöfer (SPD) der sozialliberalen Koalition vor, eine Erhöhung der Mineralölsteuer zu planen, nachdem es bereits fünf Preiserhöhungen der Ölkonzerne gegeben hat. Man wolle den Bürgern an den Geldbeutel. Nach einer kurzen Aufwärtsentwicklung geht es mit dem Mitgliedszahlen in den 1990er und 2000er Jahren erneut bergab. Nun kritisiert man die SPD für ihre Rolle bei der Verschärfung der Asyl- und Einwanderungspolitik, für ihre zögerliche Haltung zum Kohleausstieg und Umweltschutz und man verliert den Glauben an die Verlässlichkeit der SPD bei der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, beim Kündigungsschutz, bei den Sozialleistungen, bei der Rentenabsicherung. Es macht sich in der Bevölkerung Unbehagen und Panik breit. Die Mitgliederzahlen sinken von 1.000.000 (1972) auf 443.000 (2017).

## Bürgermeisterkandidat Hans Mühlfenzl und sein beherzter Angriff

In das Konglomerat an Zukunftsfragen setzt der 45-jährige Hans Mühlfenzl 1990 seine Bürgermeisterkandidatur. Aufgewachsen in München, ist er früh schon mit gewerkschaftlichen und auch sozialdemokratischen Themen in Berührung gekommen, ausgerechnet durch einen katholischen Geistlichen. 1977 zieht er mit seiner Familie nach Ebersberg, tritt der SPD bei und wird 1990 zum Bürgermeisterkandidaten nominiert.

Mühlfenzl setzt auf Angriff: gegen die CSU-Politik allgemein und gegen den amtierenden Bürgermeister Hans Vollhardt im Besonderen. Der reagiert auf seinen Kontrahenten mit einer Mischung aus „Noblesse“ und „Geringschätzung“ (SZ, 13. Februar 1990). Beim Wähler kommt Vollhardt damit weniger gut an als in den letzten Bürgermeisterwahlen. Hans Mühlfenzl darf sich über ein ausgezeichnetes Ergebnis von 39% freuen, auch wenn er den Bürgermeisterstuhl nicht erobern kann.

Die Mehrheiten im Stadtrat geraten mit der Kommunalwahl ins Wanken. Die CSU verliert ihre absolute Mehrheit, die Grünen feiern ihren Einzug ins Rathaus, die SPD kann nicht zulegen, sondern verliert sogar noch einen Sitz. Sie kann nicht am Erfolg des Bürgermeisterkandidaten Mühlfenzl partizipieren.

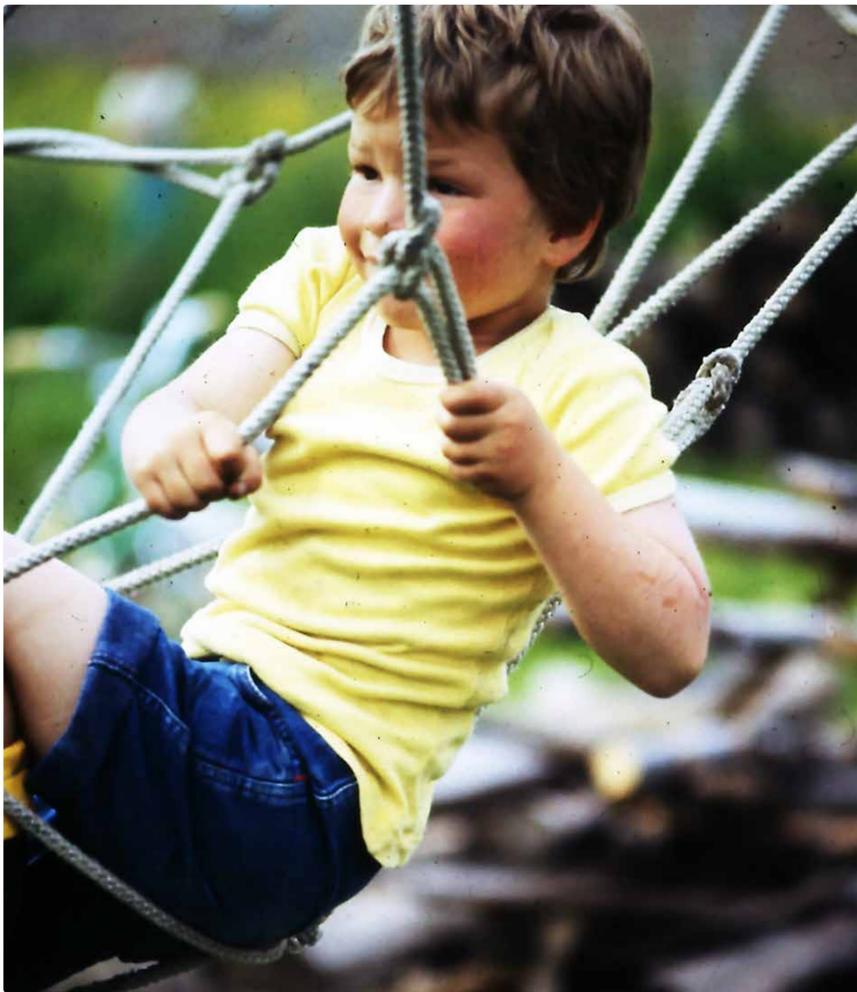


Nominierung von Hans Mühlfenzl zum Bürgermeisterkandidaten für die Kommunalwahl 1990



Nominierung von Hans Mühlfenzl zum Bürgermeisterkandidaten für die Kommunalwahl 1990

## Aktion Abenteuerspielplatz Ebersberg



## Geschichte der SPD: Die Geschichte starker Frauen

1919: Endlich dürfen Frauen in Deutschland wählen und auch gewählt werden. Marie Juchacz (SPD) hält die erste Rede einer Frau im deutschen Parlament und sorgt mit ihrer Anrede „Meine Herren und Damen“ für „Heiterkeit im Saale“. Für Dankbarkeit lässt sie in ihrer Rede keinen Raum. „Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit. Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“ Tatsächlich hatte bis 1908 das preußische Vereinsgesetz Frauen die Mitgliedschaft in Parteien untersagt. Als erste und einzige Partei im Deutschen Kaiserreich spricht sich die SPD in ihrem Erfurter Parteiprogramm (1891) für das Frauenwahlrecht aus.

Marie Juchacz gründet neben ihrer parlamentarischen Arbeit die Arbeiterwohlfahrt (AWO). 1933 flieht sie vor den Nationalsozialisten, erst ins Saarland, dann ins Elsass, nach Paris, Marseille und New York. Dort gründet sie 1945 die Arbeiterwohlfahrt USA und leistet Hilfe für die Opfer des Nationalsozialismus.

Nur vier Frauen gehören 1948 dem Parlamentarischen Rat (einer gewählten Versammlung der drei Westzonen) an. Darunter sind Elisabeth Selbert und Friederike Nadig (beide SPD). Mit ihren 61 männlichen Kollegen erarbeiten sie das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland.

Obwohl die „Damenwahl“ 1919 für Spott sorgt, ist sie ein hoffnungsvoller Beginn. 8,7% Frauen sitzen 1919 in der Nationalversammlung. Frauen werden 15 Jahre später von den Nationalsozialisten aus politischen Ämtern gedrängt, mit nachhaltiger Wirkung. Das Niveau von 1919 wird erst 1983 wieder erreicht werden. 2017 ist der Anteil der Frauen im Bundestag wieder auf 30,7 % gesunken. Der Frauenanteil in den einzelnen Bundestagsfraktionen: AfD 10,6 %, FDP 22,5 %, SPD 42 %, Linke 54 %, Grüne 58 %.

Bis heute haben Frauen um eine gerechte Beteiligung zu kämpfen, sei es in Parlamenten, Gremien oder auch nur in der politischen Kommunikation.

*„Ideen und Gedanken sind wandlungsfähig und sind Wandlungen unterworfen, sie werden von der Zeit geformt, aber sie sterben nicht.“*

Marie Juchacz 1919  
(deutsche Sozialdemokratin und Frauenrechtlerin)



Herausgeber: Zentralsekretariat der Jungsozialisten Bonn - Druck: Bonn-Druck

## SPD Frauen in Ebersberg

In der Ebersberger Sozialdemokratie bestimmen Frauen seit den 1960er Jahren den Weg der Partei kämpferisch und erfolgreich mit: Magda Bauer (Stadträtin), Inge Pletzer (Verantwortliche beim Abenteuerspielplatz und Ferienprogramm Zirkus), Rosa Pohmer (Stadträtin), Elisabeth Platzer (Stadträtin seit 1996, Fraktionssprecherin, Kreisrätin und Stellvertreterin des Landrats und zweimalige Bürgermeisterkandidatin), Angela Warg-Portenlänger (Stadträtin zwischen 1996 und 2014 und aktiv im vorpolitischen Raum als Organisatorin des Nachtflohmarkts, des Ebersberger Ferienprogramms für Alleinerziehende und Sprecherin des Bündnisses gegen Rechtsradikalismus BUNT STATT BRAUN im Landkreis Ebersberg), Doris Rauscher (Stadträtin seit 2002, Bürgermeisterkandidatin, Kreisrätin und Abgeordnete im bayerischen Landtag, Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie im Bayerischen Landtag), Erika Schienagl (Stadträtin und Trägerin des Bundesverdienstkreuzes an Bande), Brigitte Schurer (Stadträtin seit 2002). Dazu kommt aktuell eine weibliche Mehrheit in der Stadtratsfraktion.

## Elisabeth Platzer, erste Anwärtlerin auf das Bürgermeisteramt

Die Stadträtin, Kreisrätin und Juristin Elisabeth Platzer geht zweimal in die Kandidatur zur Bürgermeisterin und ist damit die erste Frau, die vom SPD-Ortsverein für dieses Amt nominiert wird: 2000 und 2006. Seit 1976 gehört sie der SPD an, seit 1996 sitzt sie im Ebersberger Stadtrat. Als Mitglied des Technischen Ausschusses befasst sie sich intensiv mit dem Verkehr, der Einkaufssituation, der Stadtentwicklung und dem sozialen Wohnungsbau. Daneben gilt ihr Augenmerk sozialen Belangen: der Sicherstellung von Kinderbetreuungen in Ebersberg und der gesicherten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von benachteiligten und behinderten Menschen.



Elisabeth Platzer nimmt als erste weibliche Bürgermeisterkandidatin in Ebersberg die Glückwünsche von Hans Mühlfnzl entgegen, 1999



Doris Rauscher im Plenum des Bayerischen Landtags, 2017

## Doris Rauscher, für Ebersberg im Landtag

Rauscher wird 2002 erstmals in den Ebersberger Stadtrat gewählt, dem sie bis heute angehört. Seit 2014 sitzt sie im Kreisrat. 2012 tritt Doris Rauscher in Ebersberg als Bürgermeisterkandidatin an. Ein Jahr später gelingt ihr der Sprung in den Bayerischen Landtag. Ihre zweite Legislaturperiode als Abgeordnete kann sie mit einem weitaus besseren Ergebnis beginnen, als die SPD im bayerischen Schnitt. Doris Rauscher ist sozial- und familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag und seit November Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie im Bayerischen Landtag.

## Kultur und die Chance der gerechten gesellschaftlichen Teilhabe

„Kultur und Bildung für Alle“. Diese Forderung ist nicht nur ein zentrales Ziel der SPD, es ist auch die Quelle für ihre Existenz. Heute kaum noch vorstellbar: Der Zugang zu Bildung und selbst die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen blieben bis zum Ende des 19. Jahrhunderts das Vorrecht einer kleinen Oberschicht.

Schließlich waren es die Arbeiterbildungsvereine, die sich seit 1830 zum Ziel gesetzt haben, dem Proletariat Wissen und Bildung allgemeiner und fachlicher Art zukommen zu lassen. Zu wichtigen Schwerpunkten ihrer Arbeit wurden außerdem die Diskussion politischer Tagesereignisse und die Förderung des gesellschaftlichen Lebens. Der Übergang vom Bildungsverein zu einer Vorform der politischen Partei vollzog sich fließend, und hier findet man die Wurzeln der deutschen Sozialdemokratie.

„Wissen ist Macht.“ Dieses Zitat, das man dem englischen Philosophen Francis Bacon zuschreibt, ist einer der Grundsteine der Aufklärung. Karl Liebknecht griff die Formulierung auf und machte sie zum Slogan der Arbeiterbewegung, mit dem Ziel, jene Schranken zu beseitigen, die einem großen Teil der Bevölkerung den Zugang zu Wissen, Bildung und Kultur verwehrten. Bis in die 1970er Jahren war der Slogan „Kultur für Alle“ ein nicht unumstrittener Anspruch der Sozialdemokratie.

## Ein „Aufruf zur Phantasie“

Die SPD in Ebersberg sah es als ihre Aufgabe, einen politischen Beitrag zur Weiterentwicklung einer offenen Kulturpolitik zu leisten. Die Sozialdemokraten wollten zeigen, wie dieser Anspruch mit Leben zu füllen ist: mit Spaß an der Freude, mit Phantasie und mit einer Bereitschaft zur augenzwinkernden Provokation.

In den 1980er Jahren hat der Ortsverein der SPD Ebersberg begonnen, Kulturveranstaltungen mit hochrangigen Künstlern und verschiedenen Formaten zu organisieren, lange bevor man unter einer Vielfalt an kulturellen Veranstaltungen auswählen konnte. Es gab noch nicht das Alte Kino und nicht den Stadtsaal, als die Eberberger SPD Kulturveranstaltungen in Form des politischen Kabarets in die Mitte der Bevölkerung holte.

Große Meister des Fachs folgten der roten SPD-Blüte (dem Symbol der Ebersberger Kulturarbeit) und gaben ihren Auftritt in Ebersberg: Schauspieler Jörg Hube, Kabarettisten, wie Dieter Hildebrandt, Sigi Zimmerchied oder Lisa Fitz, und Musiker der etwas anderen Volksmusik, allen voran die Biermösl Blasn, die einige Jahre in Nebenzimmern bayerischer Wirtschaften auftraten, bis sie versehentlich 1981 zum traditionellen Maibockanstich eingeladen wurden, wo sie der Regierungspartei CSU einen satirisch-scharfen Marsch geblasen und so für einen politischen Eklat gesorgt haben.

Sie alle füllten die Sieghartsburg mit Fans und lockten Gegner als Demonstranten vor den Eingang. Es war wohl die Angst vor den Unwägbarkeiten der politischen Satire, mit der die Gegendemonstranten Aufklärungsarbeit zu leisten versuchten, um den leichtfertigen Besucher zu warnen, vor dem was hier passierte. Kein Wunder, wir bewegen uns in der 1980er Jahren. Selbst der Bayerische Rundfunk sah sich 1986 gezwungen, Dieter Hildebrandt, den „politischen Giftmischer“ (wie ihn Franz Josef Strauß einmal bezeichnete), nach einer Satire zu „Tschernobyl“ aus dem Fernsehprogramm der ARD zu verbannen.

**Aufruf zur Phantasie**

Sonntag  
5. Sept. '82  
20.00 Uhr

In Ebersberg  
Sieghartsburg

Eintritt DM 8,-  
ermäßigter Eintritt DM 5,-\*

Abendkasse und Saalöffnung  
ab 19.00 Uhr

Vorverkauf:  
SPD Kreisgeschäftsstelle  
Kirchseeon am Dachsberg 1;  
Tel. 08091/2983  
Fa. Lohmaier und Mühlberger  
Marienplatz - Ebersberg

Veranstalter:  
Arbeitskreis Kulturpolitik  
der bayerischen SPD  
und SPD Ebersberg und Jungsozialisten

\* Schüler, Studenten

Ein Abend mit  
Dieter Hildebrandt  
Liedern, Parodien und  
Volksmusik von und mit  
der Gruppe  
Guglhupf'  
dem Sänger und Liedermacher  
Walter Stapper  
und der chilenischen  
Gesangsgruppe  
Kamac Pacha Inti

b. w.

Druck: Bavaria-Druck GmbH, Fritz-Berne-Str. 40, 8000 München 60

Einladung zur Veranstaltung am 5. September 1982 im Rahmen der SPD-Aktion „Aufruf zur Phantasie“, mit der der Ortsverein Ebersberg mehr als 10 Jahre das Kulturleben in Ebersberg bereichert

## 48 Jahre Ebersberger Umschau

Im Januar 1970 gibt Sepp Geislinger als Verantwortlicher für den SPD Ortsverein Ebersberg erstmals ein vierseitiges Informationsblatt heraus. Der Titel: „Ebersberger Umschau“. Schon 1966 hatte er begonnen, gemeinsam mit Bob Schurer eine eigene Kommunikation zu Ebersbergs Bürgern aufzubauen: vier Seiten getippt auf der Schreibmaschine, überschrieben schlicht mit „Mitteilungsblatt Nr. ...“. Das Rathaus zierte das Titelblatt. Geislinger will mit dem Symbol des Rathauses ein Zeichen der Heimatverbundenheit setzen und mit den Inhalten dem Anspruch des Politikers entsprechen.

Aufmacher 1970 ist, wie könnte es anders sein, ist: „Willy Brandt als Bundeskanzler“. Danach wird es wieder bodenständig: Wasserversorgung, Nachfolgelasten, Vorschulklassen für Fünfjährige in Steinhöring und Oberndorf. Dazwischen findet noch der Hinweis Platz, dass SPD-Beiträge jetzt auch bargeldlos entrichtet werden können.

Die Titelseite ist ein Kaleidoskop der kommunalpolitischen Geschichte Ebersbergs. 1979: Tiefgarage für die Innenstadt, 1981: Sozialer Wohnungsbau für Ebersberg, 1982: Klostersee sanieren, 1983: Waldsterben, 1990: Ausbau Filzenexpress, 1992: Neue Wege in der Abfallwirtschaft, 1999: Standort des JUZ, 2001: Wohnlicher Marienplatz, 2005: Baumarkt im Osten, Frischemarkt im Westen, 2013: E-Einz, 2014: Schwerlastverkehr Nein Danke, 2018: Verkehr erstickt Lebensqualität.

Für den SPD-Ortsverein ist die Produktion und Verteilung der Ebersberger Umschau jedes Mal ein Kraftakt, der allen Beteiligten aber auch Freude macht. Schreiben, produzieren und dann von Haus zu Haus tragen. Nahezu jeden zweiten Briefkasten in Ebersberg zierte der Hinweis „Keine Werbung“. Ob auch die politische Information damit gemeint sein kann? Damit beschäftigen sich sogar Gerichte; aber das ist eine andere Geschichte ...



Die erste Ebersberger Umschau, herausgegeben von Sepp Geislinger, thematisiert auf der Titelseite den Bundeskanzler Willy Brandt, 1970



Mitte der 1980er Jahre ändert sich das Erscheinungsbild der Ebersberger Umschau, es besitzt nun ein graphisches Layout, das Thema der Titelseite: sozialer Wohnungsbau, ein Dauerbrenner über viele Jahrzehnte



Erneut bekommt die Ebersberger Umschau eine neues Erscheinungsbild. Der Titel Ebersberg³ symbolisiert, dass die drängenden Probleme der Zeit immer mehr Dimensionen haben. Der Leitartikel bezieht sich auf einen Dauerbrenner, der über mehr als 60 Jahrzehnte die Gemüter in Ebersberg erhitzt: der Verkehr

## Superlative SPD

**Der längste Dauerbrenner** in der Ebersberger Kommunalpolitik: Wohin mit der B304?

Unten durch, oben drüber, von Ost nach West oder quer durch den Ebersberg Forst?

**Die älteste demokratische Partei** in Ebersberg ist die SPD. Sie wurde nach dem I. und II. Weltkrieg zum Wegbereiter der Demokratie. Alle anderen Parteien haben sich nach 1945 gegründet.

**Das beste Ergebnis** aller SPD-Bürgermeisterkandidaten nach 1945 erreichte 1972

Sebastian Schurer mit knapp 50 %.

**Die längste Mitgliedschaft** in der Ebersberger SPD kann 2019 Hans-Jörg Stenzer vorweisen

(in die SPD eingetreten 1965), gefolgt von Reinhard August (1968), Ludwig Seitz (1969) und

Dr. Helmut Platzer (1971).

**Das jüngste gewählte Stadtratsmitglied** in Ebersberg war (mit knapp 20 Jahren) Robert Schurer.

2014 wurde dieser Rekord gebrochen.

**Den höchsten Mitgliederzuwachs** hatte die SPD zwischen 1965 (42 Mitglieder) und

1966 (125 Mitglieder).

**Die längste Zugehörigkeit** aller SPD-Mitglieder im Stadtrat erreichten Hans Mühlfenzl (34 Jahre)

und Sepp Geislinger (35 Jahre). Nur Walter Brilmayer blickt auf mehr Jahre im Stadtrat zurück

(41 Jahre).

**Die ersten Frauen** im Ebersberger Stadtrat waren Erika Schienagl (SPD) und Richardis Blum (ÜfW).

Beide sind erstmals 1966 in den Stadtrat eingetreten.

**Den höchsten Frauenanteil** im Stadtrat hat derzeit die SPD-Stadtratsfraktion (60 %).

**Die längste Amtszeit** aller SPD-Ortsvorsitzenden hatte Ewald Schurer (1978-1990).

**Die einzige Fraktion**, die jemals (übrigens entgegen der bayerischen Gemeindeordnung)

eine Ebersberger Stadtratssitzung verlassen hat, war die SPD. Einmal, weil die Tiergarage als atombombensicherer Hochsicherheitsbunker ausgestattet werden sollte.

Die SPD hielt dies nicht mehr für zeitgemäß.

**Keine andere Partei** ist in Ebersberg so oft bei der Besetzung des stellvertretenden

Bürgermeisters gescheitert, wie die SPD.

**Den besten Witz** über die SPD erzählte Alois Lachner. Anlässlich seiner Maibockrede sagte er,

es sei schon verständlich, dass Hans Mühlfenzl die Bürgermeisterwahl verloren habe.

Denn wer wolle schon einen Verstorbenen zum Bürgermeister haben. Lachner bezog sich auf die Wahlwerbung von Hans Mühlfenzl, das einem Sterbebildchen nicht unähnlich war.

**Die erfolgreichste Frau** der Orts-SPD ist Doris Rauscher. Sie hat es bis in den Landtag geschafft.

**Der erfolgreichste SPD-Mann** Ebersbergs ist Ewald Schurer. Er hat den Wahlkreis 15 Jahre lang

im Bundestag vertreten.

**Das einzige Ehrenmitglied** der SPD Ebersberg ist Kaspar Mittermeier. Er wurde für seine sechs

Jahrzehnte dauernde Mitgliedschaft in der SPD ausgezeichnet. Mittermaier gehörte zur ersten Generation der Ebersberger SPD. Er starb 1980 im Alter von 83 Jahren.

## Stadtratskandidaten, Stadträte und Ortsvorsitzende in 100 Jahren\*

Albrecht Christine, Appler Josef, Artmeier Hermann, **August Reinhard**, **Bauer Magda**, Beer Hannelore, Beham Hans, Beham Josef, Berberich Dieter (später für die Grünen im Stadtrat), Berberich Werner, Bichler Josef, **Bichlmeier Gallus**, **Birkmeier Georg**, von Boetticher Marie-Alexandrine, Brandl Michaela, Brandl Richardis, **Brunner Ludwig**, Diezmann Bernd, Dott Peter, Eiböck Hans, **Eitermoser Johann-Baptist**, **Feichtner Josef**, Fink Helmut, Fink Christina, Fischbacher Josef, Fischer Peter, Frank Cornelia, Gabold Philipp, **Geislinger Sepp**, Gleixner Franz, Görke Horst, Golle Pit, Gradek Reinhard, **Hargasser Hans**, Högl Gisela, Hofmann Stefan, Holz Otto, Hopfner Bäbel, Huchler Norbert, Janssen-Timmen Andre, **Joas Adolf**, **Kellner August**, **Keser Isidor**, Kick Gertrud, **Knör Willy**, Krämer Karl, Kraus Irmgard, Kraus Otto, **Krämer Karl**, Kronseder Josef, Kunert Jochen, **Kurzok Ernst**, Kupferroth Björn, Kupferroth Norbert, **Leibelt Franz**, Leuthner Petra, Martin Richard, Martl Ruth, Mascher Mary, Massopust Traudl, Matthäi James, **Mäusl Josef**, Moritz Doris, **Mette Horst**, **Meyer Otto**, **Mittermeier Kaspar**, Moritz Doris, **Mühlfenzl Hans**, Mühlfenzl Stefan, Müller Torsten, **Münch Christoph**, Oldenburg Alexandra, Peter Christian, Peter Claudia, Piontek Marianne, **Philipp Josef**, **Platzer Elisabeth**, **Platzer Dr. Helmut**, **Pletzer Inge**, **Pohmer Rosa**, **Warg-Portenlänger Angela**, Prohaska Olaf, **Rauscher Doris**, Reichert Walter, Reipöder Bernd, Roming Lilibeth, Rossmann Jürgen, Rott Marieli, Sauer Bernward, Schechner Ignaz, **Scheuer Fritz**, **Schenk Josef**, Scheidel Angelika, **Schienagl Erika**, Schiepeck Karl, **Schimmer Max**, Schindler Karl, **Schinzl Hans**, Schippeck Karl, Schmid Christine, Schlegel Inge, Schober Hannes, Schött Dirk, Schubert Franz, Schüssler Rosemarie, **Schurer Brigitte**, Schurer Christina, **Schurer Ewald**, **Schurer Josef**, **Schurer Max**, **Schurer Sebastian (sen.)**, **Schurer Sebastian (jun.)**, **Schurer Robert**, Schwarz Anette, Simon Christl, Staudinger Martin, Stalla Ingrid, Stenzer Hans-Jörg, Stork Thomas, Streibelt Walter, Strobl-Ulrich Brigitte, Szonell Michael, Vogl Rudolf, Wanzung Ferdinand, **Wasowski Peter**, **Watzl Walter**, **Weber Franz-Xaver**, Weber Xaver, Winter Karl, Wittauer Georg, **Zimmermann Sebastian**, Zimniok Andreas

## SPD-Ortsvorsitzende

Sebastian Schurer (1919 – 1933), Josef Schurer (1945 – 1948), Willy Knör (1948 – 1954), Kaspar Mittermeier (1954 – 1959), Sebastian (Bob) Schurer (1959 – 1970\*), Peter Wasowski (1970\*–1974), Sepp Geislinger (1974 – 1978), Ewald Schurer (1978 – 1990), Reinhard August (1990 – 1996), Hans Mühlfenzl (1996 – 2004), Brigitte Schurer 2004 – 2011), Jochen Kunert und Helmut Fink (2011– 2013), Dirk Schött (seit 2013)

## Die SPD und der Kampf für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit

Die SPD kann auf große und epochale Erfolge bei der Umsetzung von Demokratie, Freiheit und Gleichheit zurückblicken. In der neueren deutschen Geschichte war es immer die Sozialdemokratie, die nach den politischen Katastrophen im 19. und 20. Jahrhundert den Übergang zur Demokratie ebnete. Die Geschichte der SPD ist allerdings auch gezeichnet von vielen Konflikten, den internen und den externen: von Flügelkämpfen mit unversöhnlichen Konflikten, von der Angst, die eigenen Anhänger zu verraten, und vom Hadern mit dem eigenen Erfolg. Auch die Geschichte hat ihre Spuren hinterlassen aus Zeiten, in denen man die Sozialdemokratie als Feind der bürgerlichen Gesellschaft sah, als Hemmschuh der liberalen Wirtschaftspolitik und als Bedrohung des persönlichen Eigentums betrachtete. Zeiten, in denen SPD-Mitglieder als Staatsfeinde galten und verfolgt, eingesperrt, ermordet wurden.

## Eine Chronik interner Konflikte

**1914** Mit der Zustimmung der Mehrheits-SPD (MSPD) zu den Kriegskrediten kommt es zu einer linken Abspaltung. Rudimentäre Versuche einer weiteren Zusammenarbeit im „Rat der Volksbeauftragten“ (1918) können die Gräben nicht ansatzweise überwinden.

**1917** Friedrich Ebert (erster Reichspräsident der Weimarer Republik) erwägt ein Ministeramt im Kabinett von Max von Baden. Während die führenden Köpfe der SPD im Reich und in Bayern die Auffassung vertreten, ein Arrangement mit den alten Eliten sei möglich und wünschenswert, sieht die radikale Linke ihr Vorbild in der russischen Oktoberrevolution.

**1918** Erhard Auer setzt auf Loyalität und verspricht den Ministern des königlichen Kabinetts am Vorabend der „bayerischen Revolution“, er werde die radikalen Kräfte in München im Zaum halten. Sein Kontrahent Kurt Eisner hingegen ist Anführer der Novemberrevolution von 1918 in München. Eisner, Demokrat, Pazifist, Idealist und Gegner des bolschewistischen Systems, setzt sich zunächst durch.

**1919** Während des Spartakusaufstandes entscheidet die MSPD, Hilfe bei wilhelminischen Offizieren und Freikorpsführern zu suchen. Reichswehrminister Noske wird in der Folge den Spartakusaufstand und auch die Münchener Räterepublik blutig niederschlagen, der Bruch ist nun unüberwindbar. Übrig bleibt der Vorwurf an die MSPD, die eigenen Gefolgsleute verraten zu haben.

**1925** Von rechts denunziert und von links als Arbeitverräter und Sozialfaschisten beschimpft, sind SPD-Akteure politisch wie gelähmt und emotional aufgewühlt, angesichts des Elends im wirtschaftlich und sozial am Boden zerstörten Deutschland. Die SPD schafft unter diesem Druck Parallelstrukturen im vopolitischen Raum, z. B. durch Initiativen wie die Arbeiterwohlfahrt (die Selbsthilfe der Arbeiterschaft). Andere SPD-Mitglieder ziehen sich zurück oder wenden sich anderen linken Gruppierungen zu. Trotz heftiger Flügelkämpfe innerhalb der Partei, bleibt die SPD bei ihrer Toleranzpolitik gegenüber gemäßigten, republiktreuen bürgerlichen Kräften. Diese Strategie wirkt zunächst noch systemstabilisierend, macht aber auf lange Sicht den Aufbau einer sozialen Demokratie, den „Ausbau der Arbeiterrechte“ und die „Teilverstaatlichung der Wirtschaft“ unmöglich.

**1931** Mit der Abspaltung der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) wird die SPD weiter geschwächt, die Zersplitterung des linken Spektrums schreitet fort.

**1933** In der Entschlossenheit zum Kampf gegen den Nationalsozialismus besteht in der SPD Einigkeit. Dennoch entstehen neuerlich tiefgreifende Konflikte. Sie betreffen die Strategie für Bündnisse mit anderen Parteien und so spielen die Auseinandersetzungen letzten Endes der NSDAP in die Hände.

**1945** Die Partei war 1933 unter großen Opfern für die Idee der Freiheit eingetreten. Nun sieht sich die SPD in der Aufgabe, den demokratischen, den demokratischen Staatsaufbau zu realisieren. Es gelingt, linkssozialistische Gruppen und Parteien in der „Union deutscher sozialistischer Organisationen“ zusammenzufassen.

**1950** Das Wirtschaftswunder führt dazu, dass der Sozialstaat rasch ausgebaut werden kann und wachsende Bevölkerungsteile am Wohlstand partizipieren. Die SPD muss mehrere Wahlniederlagen hinnehmen, nicht zuletzt, weil sich die Partei nicht dem Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft zuwenden kann.

**1959** Im Godesberger Programm entsagen die SPD-Genossinnen und Genossen der Fixierung auf das marxistische System und sie akzeptieren die Westbindung der Bundesrepublik. Damit kann sich die SPD als Volkspartei etablieren.

**1966** Die Partei kann sich verjüngen, die Mitte aber beginnt, langsam zu bröckeln. Der Eintritt in die Große Koalition zieht Unbehagen und gewaltsame Ausschreitungen nach sich. Die Antwort auf eine schwache parlamentarische Koalition ist eine neue Bewegung aus den Reihen der akademischen Jugend: die „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO).

**1968** Die Große Koalition bringt die Notstandsgesetze auf den Weg. In der Bevölkerung und vor allem in der Studentenschaft wächst die Sorge, es könne sich um ein neues Ermächtigungsgesetz handeln. Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke kommt es zu massiven, aber zunächst noch friedlichen Protestmärschen. Die mit den Protesten verbundenen späteren Unruhen überzeugen die Parlamentarier der Koalition von der Notwendigkeit der Notstandsgesetze. Am 27. Mai 1968 werden sie verabschiedet. Die SPD ist Teil der Koalition und trägt eine Mitverantwortung, aber 53 von 217 SPD-Abgeordneten stimmen dagegen.

**1969** Am 21. Oktober 1969 wird Willy Brandt mit einer knappen Mehrheit der sozialliberalen Koalition gewählt. Von rechts gerät die Sozialdemokratie durch die sich verschlechternde Wirtschaftslage unter Druck. Von links gibt es zunehmenden Gegenwind durch den gesellschaftlichen Protest gegen die Atomenergie und Sicherheitspolitik (NATO-Doppelbeschluss).

**1972** Die Außerparlamentarische Opposition und ihre Proklamation vom „Marsch durch die Institutionen“ verstehen konservative Kräfte als Bedrohung des demokratischen Systems, etwa von „linksradikalen“ Lehrern. Bundeskanzler Brandt und die Ministerpräsidenten der Länder vereinbaren einen Ministerpräsidentenbeschluss, wonach „Verfassungsfeinden“ der Zugang zu öffentlichen Ämtern verwehrt werden soll. Der Beschluss geht als „Radikalenerlass“ bzw. „Extremistenbeschluss“ in die Geschichte ein und benachteiligt vor allem Personen, die dem linken Spektrum angehören. Die Kritik: Man könne nicht eine Partei zulassen, die Mitgliedschaft in ihr aber sanktionieren. Es formieren sich Bürgerinitiativen zur Solidarität mit Betroffenen, auch aus den Reihen der SPD. Später wird Willy Brandt diesen Beschluss als „Irrtum“ bezeichnen.

**1980** Die Industriearbeiterschaft schrumpft, die Intellektuellen der Partei orientieren sich neu. Aus der linken Bewegung der SPD geht nun eine neue radikal ökologische und pazifistische Kraft hervor. Es kommt zur Abspaltung und zur Parteigründung Die Grünen. Die SPD, bis dahin getragen von den politischen Größen Wehner, Brandt und Schmidt, beginnt nun eine öffentliche Auseinandersetzung um Führungspositionen und ein Verschleiß an Kandidaten.

**1989** Die Orientierung der SPD auf eine postmaterialistische Wertorientierung und die Koalitionen mit den Grünen ermöglicht der SPD neue Regierungsoptionen. Doch durch die Deutsche Einheit gerät die SPD erneut ins Hintertreffen. Der Sozialdemokratie wird in den neuen Bundesländern eine Mitschuld am gescheiterten Sozialismus gegeben.

**1998** SPD-intern tobt ein Machtkampf zwischen Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine. Schröder kann sich durchsetzen und wird Bundeskanzler. Doch seine Konsolidierungspolitik wird durch eine hohe Arbeitslosigkeit durchkreuzt. Die Erfolge in der Friedenspolitik, im Atomausstieg und in der Zuwanderungspolitik gehen den einen nicht weit genug. Die anderen messen den Erfolg der Partei an der schwachen wirtschaftspolitischen Bilanz.

**2003** Mit der „Agenda 2010“ versucht Gerhard Schröder den Arbeitsmarkt zu konsolidieren. Er hat dabei die Partei nicht mit einbezogen. Die Agenda wird zum traumatischen Ereignis der Regierungszeit Schröder, das lange über seine Amtszeit hinauswirkt. Die Reformmaßnahmen ziehen eine Serie von Landtagswahlniederlagen nach sich.

**2005** Lafontaine gründet die Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG) und schließt sich später der ostdeutschen PDS, die in der gesamtdeutschen Partei Die Linke aufgeht. Die SPD verliert die Regierungsmehrheit und geht in eine Große Koalition. Wie tief die Einschnitte gehen, zeigt sich in den folgenden eineinhalb Jahrzehnten.

**2015** Die Partei arbeitet durchaus professionell in der Regierung mit, kann aber die Erfolge (Rente nach 45 Berufsjahren, Mindestlohn usw.) in der Öffentlichkeit nicht mehr kommunizieren. Die öffentliche Wahrnehmung konzentriert sich ausschließlich auf den parteiinternen Streit, auf die abrupten, unvorbereiteten und verunglückten Kanzlerkandidaturen von Peer Steinbrück und Martin Schulz und auf die Fessel der „Agenda 2010“.

**2017** Die SPD erhält ihr schlechtestes Ergebnis in einer Bundestagswahl (20,5%). Die Frage nach der Oppositionsarbeit oder einer Regierungsbeteiligung droht die Partei zu zerreißen. Eine Mitgliederbefragung glättet die Wogen nur schwach. Die SPD ist 2017 immer noch die an Mitgliedern stärkste deutsche Partei, aber sie hat eine erdrutschartige Entwicklung hinter sich, von 1.000.000 Mitgliedern (1972) bis 440.000 Mitgliedern (2017).